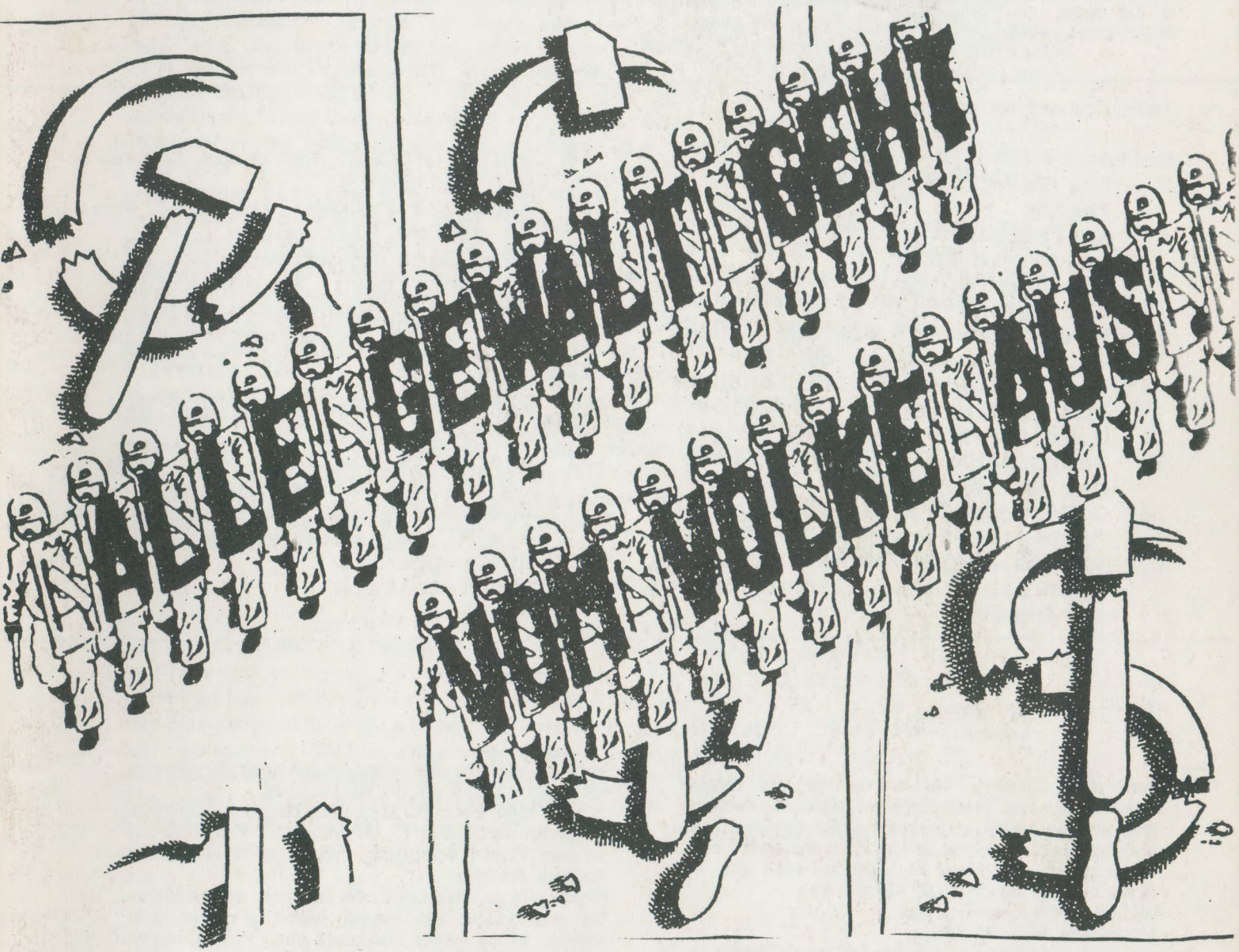
RL-Rundbrief 2 April/Mai 1991

Radikale Linke
RUNDBRIEF



Der Kongreß der der Radikalen Linken findet nicht am 4./5.Mai, wie im „kleinen" Rundbrief angekündigt statt, sondern erst am

22./23.Juni in Frankfurt.
Veranstaltungsort ist der Bürgertreff „Gutleut"
Großer Saal
Rottweiler Str. 32
(um die Ecke vom Rottweiler Platz)
6000 Frankfurt 1

– Per Bahn Ankommende brauchen 10 Min. zu Fuß. Sie nehmen vom Hauptbahnhof, Ausgang Südseite, die Karlsruher Str., von der mensch rechts die Gutleut-Str. abzweigt, hier geht's bis Werftstr, dann rechts in die Rottweiler Str.
Beginn ist am Samstag, dem 22.Juni, um 12.00 Uhr, die Räume haben wir bis 23.00 Uhr. Sonntag stehen die Räume von 10.00-16.00 Uhr zu Verfügung. Essen gibt es dort keins, nur eine Teeküche. Restaurants sind aber in der Nähe. Der Bürgertreff ist telefonisch über 069/233661 erreichbar.

Ein Teil der Beiträge in diesem Rundbrief bezieht sich auf das geplante Treffen. Durch die Verschiebung auf Juni können die Vorschläge vorher in den lokalen Gruppen diskutiert und durchdacht werden. Der nächste Rundbrief wird kurz vor dem RL-Treffen herauskommen, weitere Beiträge, Vorschläge, Kritik etc. sollten also bis Redaktionsschluß noch unbedingt eingereicht werden.

Inhaltsverzeichnis

Seite
3 Zur Verschiebung der Konferenz
4 Antirassistische Frauentagung in Köln
7 Gedankenprotokoll des Golfratschlags (nur 2.Tag)
10 Manuel Bremer: Vom Schleppen der Diskussion in der RL
13 H.-J. Kleine: Positionspapier- zum RL-Treffen am 22./23.6.
14 J.Ditfurth: Keine Spaltung!?
15 Georg Daniels: Zur Konferenz der RL am 22./23.6. in FFM
16 J.Ditfurth: Vorschlag für eine "Arbeitskoferenz Nahost"
17 RL Bielefeld: Offener Brief an Gremliza: Links blinken,rechts abbiegen
18 Bernd Schulz: Radikale Linke - Wie weiter?
19 Angelika Prömme: Abschied von zu großen Hoffnungen
20 Neue Hanauer Zeitung: RL - Perspektive(n) in der Krise?
21 Winfried Hauch: Kriegstreiber... und Kriegsunterstützer
25 RL München: "Überwältigte Vergangenheit"
29 Kadriye Baksi: Rassismus und deutsche Linke
31 Auschwitz-Komitee: Gegen die Revision der Geschichte
33 Dorothee Piermont: Befreit sich die RL vom Internationalismus
36 RL-Gruppen
Referateliste
Fabel

In eigener Sache

Auch diese Rundbrief-Nummer ist entgegen unserer Ankündigung, nur noch zahlende RLerInnen zu versorgen, an den ganzen Adressenverteiler gegangen. Ab nächstes Mal bekommen ihn wirklich nur noch Leute, die monatlich mindestens 10,- DM einzahlen auf:
Konto-Nr. 205 20 25 (BLZ 370 501 98)
bei der: Stadtsparkasse Köln
Empfänger: W.Wolf, GbR
einzahlen. Der Finanzbericht lag leider bei Redaktionsschluß noch nicht vor, die Finanzen schwinden rapide, da unsere bisherige Hauptspenderin ausfällt. Richtet also Daueraufträge für die RL ein. Bestellt die Flugschrift, die wenn auch von Kritik begleitet, doch allgemein positiv bewertet wird. Die Flugschrift eignet sich auch gut zum Weiterverkauf an Interessierte, die sich nicht ausdrücklich auf die RL beziehen.
Schickt bitte Eure Beiträge zum nächsten Rundbrief möglichst als Diskette (5 1/4 oder 3 1/2 Zoll) oder auf weißem Papier druckfertig. Wir können nicht alles nochmal abtippen!
Sicher gibt es viele Leute, die Interesse an der Mitarbeit von lokalen RL-Gruppen haben, aber gar nicht wissen, wo es solche überhaupt gibt. Viele Gruppen wissen gegenseitig gar nichts von ihrer Existenz. Arbeitende lokale Gruppen der RL oder Einzelpersonen, die solche in ihrer Gegend mit anderen aufbauen möchten, sollen bitte unbedingt eine Kontaktadresse zur Veröffentlichung im nächsten Rundbrief an die Redaktion schicken.

Redaktionsadresse: PLN 59387, 2000 Hamburg 50

Redaktionsschluß für die nächste Nummer: 7.6.91

BER70576 € 30,-

F

Hamburg, den 18.4.91

Nächste Konferenz der Radikalen Linken verschoben!

Liebe FreundInnen, liebe GenossInnen,
die auf dem letzten Treffen der RL in Köln beschlossene und im 16. Rundschreiben für Anfang Mai angekündigte nächste bundesweite Konferenz der RL muß verschoben werden. Aus organisatorischen Gründen (keine Räume, bisher ungenügende Vorbereitung) kann der Termin nicht gehalten werden. Wir gehen jetzt auf das schon in Köln als Ausweichtermin anvisierte Wochenende am 22./23.6.91. Die Frankfurter RadikalökologInnen haben es jetzt übernommen, das Treffen in Frankfurt durchzuführen. Nach geeigneten Räumlichkeiten wird zur Zeit gefahndet.
Ungeachtet der akuten organisatorischen Probleme wurde von verschiedener Seite in den letzten 2 Wochen der Termin Anfang Mai als zu kurzfristig kritisiert. Nach telefonischer Absprache mit diversen Menschen aus der RL seid ihr hiermit aufgefordert, die 2 Monate bis zur Konferenz für eine inhaltliche Auseinandersetzung und Kritik mit dem Zustand der RL zu nutzen. Bringt dies möglichst zu Papier wie auch Vorschläge und Ideen, wie die RL eurer Meinung nach sinnvoll weitermachen kann/soll. Nach dem letzten Treffen in Köln, wo einige Probleme aufgeworfen wurden, aber wegen ungenügender Vorbereitung und geringer Teilnahme nicht weiter vertieft werden konnten und bezüglich der Zukunft der RL alles völlig offen blieb, sollte die nächste Konferenz unbedingt auf fundierter Grundlage durchgeführt werden. Ansonsten besteht die Gefahr, das der RL-Ansatz sich langsam aber sicher in Luft auflöst.
Sinnvoll ist es auch, schon-immer-KritikerInnen der RL sowie RLerInnen, die sich derzeit eher zurückgezogen haben, anzusprechen, ob sie nicht Lust haben, ihre Meinung schriftlich oder gar durch Teilnahme an der Konferenz kundzutun. Es soll dann Anfang Juni einen Rundbrief mit den (hoffentlich zahlreichen) Diskussionsbeiträgen geben. Redaktionsschluß für diesen Rundbrief ist der 7.Juni.
Bernd/Hamburg, aus der sog. ad-hoc-Vorbereitungsgruppe

Betrifft: Flugschrift der RL zum Golfkrieg.
Alle Gruppen und Menschen, die Verkaufsmöglichkeiten haben, sollen doch nochmal überlegen, ob sie die Flugschrift noch vertreiben können und bei Bedarf bestellen. Für alle Weiterverkäufer gibt es ab sofort 30% Rabatt. Dies kann wegen der knappen Kalkulation dieser Flugschrift aber nicht rückwirkend gelten. Ansonsten ergeht an alle Leute, die Flugschriften erhalten haben und sie bisher noch nicht bezahlt/nicht abgerechnet haben, die Bitte, dies so schnell wie möglich zu tun.

Anti-Rassistische Frauentagung

Zur Vorgeschichte: Im Oktober '90 hatten sich ca. 40 Frauen am Nachmittag vor dem bundesweiten Treffen der Radikalen Linken zusammengefunden. Ein Ergebnis war, zu einer Frauendebatte zum Thema "Rasse, Nation, Geschlecht - Westliche(s) Emanzipationsmodell auf Kosten der Frauen in der sogenannten 3. Welt" einzuladen. Eine Vorbereitungsgruppe wurde gebildet, an der ich auch teilnahm.

Die Vorbereitungsgruppe fand den Titel schlecht - wer will denn über "Rasse" diskutieren?! Kippen wollten wir ihn aber nicht, denn er war uns vorgegeben worden. Wir stellten ihn um und fügten noch etwas hinzu: "Westliche(s) Emanzipation(smodell) auf Kosten der Frauen in der sog. 3.Welt - Rasse, Nation, Geschlecht als vorherrschende Konstrukte". Wir schrieben ca. 80 Frauen an, außerdem wurde in AK und SoZ sowie dem RL-Rundschreiben auf die Tagung aufmerksam gemacht. Da wir davon ausgingen, daß die politische Substanz zu einem "Kongreß" oder einer "Konferenz" (noch?) nicht reicht und zunächst eine intensive Selbstverständigung unter aktiven, interessierten Frauen notwendig ist, luden wir zu einer "Arbeitstagung" ein. Daß es kein Treffen "der" Frauen "der" Radikalen Linken sein sollte, signalisierten wir in der Einladung, indem wir "unseren Wunsch" ausdrückten "nach weiteren gemeinsamen Diskussions-Kontakten und -Zusammenhängen, die sich nicht zufällig, aber für einige von uns nicht zwangsläufig über die RL hergestellt haben".

So trafen sich am 9./10. März ca. 40 (am 2. Tag ca. 30) Frauen in Köln. Am ersten Tag ging es - eher theoretisch - um Rassismus und Antisemitismus, auch aktuell im Zusammenhang mit dem Golfkrieg, sowie die Erreichbarkeit (oder Unmöglichkeit?) einer antirassistischen und nicht-antisemitischen Identität. Am zweiten Tag diskutierten wir - eher mit dem Blick auf praktische Konsequenzen - über unsere direkten persönlichen Erfahrungen mit (auch eigenem) rassistischem Verhalten. - Wichtige Voraussetzung unserer Diskussion ist, daß "wir" sowohl in der Vorbereitungsgruppe als auch auf der Tagung wohl ausschließlich "weiße/deutsche/in christlicher Tradition erzogene" Frauen waren. Es fehlten also Frauen, die sich hier als "Schwarze" definieren (aus den Zusammenhängen Flüchtlingsfrauen, Immigrantinnen, jüdische und afro- deutsche Frauen). Als sich dies in der Vorbereitung abzeichnete, beschlossen wir, uns gegen diese Zusammensetzung diesmal nicht zu wehren. Wir hatten dabei Konferenzen der Frauenbewegung zum gleichen Thema vor Augen, auf denen "schwarze" Frauen vehement ihren Überdruß eingeklagt hatten an der Rolle, für "weiße" Frauen ständig Nachhilfeunterricht gegen deren Rassismus geben zu sollen und verlangt hatten, daß die weißen Frauen sich selbsttätig, verantwortlich und selbst-reflektiv verhalten.

Im Folgenden - unvollständig! - ein Blick auf einige Fragen/Gedanken der Debatte:

* Leitgedanken links/grün/alternativer Politik zu "AusländerInnen" haben eine Entwicklung durchlaufen, in deren Verlauf sich die Vorstellung einer notwendigen Autonomie dieser Menschen erst herauskristallisierte: Die Politik der "Integration" enthielt zwar schon Vorstellungen von Gleichberechtigung, aber um den Preis der Unterdrückung z.B. kultureller Autonomie (Beispiel: Ablehnung griechischer Schulen in Hamburg). Das Ziel der Gleichberechtigung ohne Integrationszwänge wurde dann deutlicher in der Forderung nach Wahlrecht für AusländerInnen. Dabei als Gesamtentwurf nicht mehr als eine "pluralistische" Gesellschaft zu sehen, war eher selbst-beweihräuchernder Ausdruck diffuser Toleranzgefühle. Demgegenüber dann eine "multikulturelle" Gesellschaft anzustreben, beinhaltete bereits, (kulturelle) Vielfalt bestehen zu lassen und als positive Bedingung der gesellschaftlichen Entwicklung zu begreifen. Allerdings war dieser Begriff auch durch neokonservative Theorie besetzt, die unter "multikulturell" eine Politik der rassistischen "Nichtvermischung" und der Konkurrenz aller gegen alle versteht. So kommt die Linke mittlerweile dazu, von "interkultureller" Gesellschaft als Zielvorstellung zu sprechen, wobei das Moment gemeinsamer Bündnisse/Politik/Auseinandersetzung von Menschen aller Kulturen und Staatsangehörigkeiten stärker betont wird.
* Daß sich unser Problem des Antisemitismus nicht im Titel dieser Tagung findet und nur in einem der Vorbereitungstexte behandelt wird, ist Zeichen unserer Abwehr dieses Themas. In der Frauenbewegung definieren wir uns oft einseitig als Opfer - in Konkurrenz zu anderen, z.B. jüdischen Opfern dieser Gesellschaft. Da die meisten von uns erst nach '45 geboren sind, fühlen sie sich nicht schuldig am Holocaust, weisen aber auch in diesem Zusammenhang eigene, aktuelle Verantwortlichkeit von sich. So schiebt unser viel diskutiertes "Mittäter"-Konzept die letztliche Verantwortung für das System dieser Gesellschaft (und ihrer Morde) auf die Männer, wodurch wir Frauen uns als Täterinnen entlasten. Dabei kippt die Reflexion eigener Identität häufig in bloße Selbsterfahrung und Suche nach vermeintlicher "Authentizität", die unsere Rolle als Deutsche und Frau der "1. Welt" nicht angreift.
* Es ist falsch, den Antisemitismus nur als Bestandteil des Rassismus zu sehen (wie im sog. "erweiterten Rassismus-Begriff"). So wird verdrängt, daß im Antisemitismus andere Feindbilder/Stereotypen eine Rolle spielen als im Rassismus: Juden/Jüdinnen werden von AntisemitInnen gesehen als BetreiberInnen menschenfeindlicher Modernisierung, assoziiert mit Internationalität, Kosmopolitismus, Unzuverlässig-

keit, städtischer Oberflächlichkeit, Intellektualität, als heimlich agierende Machtclique, während der Rassismus eher aus der Kolonialgeschichte entstanden ist und Primitivität, Naturhaftigkeit, Unzivilisiertheit in seine Opfer hineinphantasiert. - Mit Hilfe des "erweiterten" Rassismus-Begriffs wird oft einseitig nur der Vergleich von Ausgrenzungsmethoden betrieben. Dabei lassen sich die Inhalte und Betroffenen der Ausgrenzung fast beliebig austauschen, so z.B., wenn auch alte Frauen als in rassistischer Weise diskriminierte Opfer definiert werden. Alt werden wir nun einmal, somit haben wir uns bequem alle auf die Seite der Opfer definiert und die Auseinandersetzung über unsere TäterInnen-Rollen wieder einmal abgeschwächt. - Hinzu kommt, daß die besondere deutsche Verantwortung am Holocaust verdrängt werden kann, wenn über den Antisemitismus kein eigener Diskurs zugelassen wird gegenüber dem Rassismus. (siehe: Jacoby/Lwanga. Was "sie" schon immer über Antisemitismus wissen wollte, aber nie zu denken wagte. In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 21, Köln 1990)

* Die These, daß Rassismus ein Ausleben der eigenen Unterdrücktheit gegen andere ist (so der Gedanke im Papier "drei zu eins" aus den Vorbereitungs-Materialien), kann nicht stimmen. Es würde ja bedeuten, daß die Herrschenden nicht rassistisch sind?

* Zur Identitäts-Frage: Etliche antirassistische Analysen gehen davon aus, daß Rassismus die Folge eigener Unsicherheit über die eigene "Identität" ist. Eigenschaften, die man bei sich selbst haßt, aber sich nicht eingestehen mag, werden in "Fremde" hineingesehen und dort bekämpft, damit man sie nicht bei sich selbst angreifen muß. Diese Quelle rassistischen Verhaltens könnte versiegen, wenn man sich über sich selbst klarer wird, also die eigene Identität selbstbewußt annimmt. - Zwar ist es richtig, die Identität als Deutsche nicht zu leugnen, um sich nicht aus der besonderen Verantwortung für die Schlußfolgerungen aus dem Holocaust davonzustehlen. Wird aber ein ungebrochenes "Verhältnis zum Deutsch-sein" gefordert, um aus einem derartig abgesicherten Identitätsgefühl dann auch "anderen Völkern" deren "nationale Identität" nicht zu verwehren, wie es der Text von Kalpaka/Räthzel aus den Vorbereitungsmaterialien nahelegt, stellen sich bei allen Menschen die Nackenhaare hoch, die am "Deutschen" vor allem die mörderische Großmacht, die Schuld am Holocaust und die Bereitschaft zu Eroberungsfeldzügen sehen und sich Identität als Deutsche ausschließlich kritisch und gebrochen denken mögen. "Positive Identität" zu fordern, mündet in letztlich völkische Werte und die Einteilung in bessere oder schlechtere Völker, bei der die "schlechten" schließlich bekämpft werden dürfen.

* Wäre dann das Bestehen auf dem Existenzrecht Israels auch völkisch-nationalistisch, in diesem Fall jüdisch-völkisch? Zwei Frauen bestritten das Existenzrecht Israels, weil die Gründungsphilosophie dieses Staates, der Zionismus, kolonialistisch und rassistisch sei und ergo keine Berechtigung für diesen Staat besteht. Der Staat Israel habe nichts mit den Menschen dort zu tun, gegen die man natürlich nichts habe. - An dieser Stelle gingen die Wogen der Debatte sehr hoch, bis hin zu der (polemischen) Feststellung einer Frau, daß sie sich auch als Linke angesichts der Angriffe gegen Israel im Golf-Krieg unversehens an der Seite des US-Imperialismus wiederfinden könne. - Über das Existenzrecht Israels überhaupt noch zu diskutieren, ist schon falsch, weil die Diskussion auch dessen Infragestellung einschließt. Nie hat bisher auf der Welt eine revolutionäre Bewegung die Juden vor Verfolgung schützen können, also bleibt vielen nur die Hoffnung auf Israel. Allerdings - selbst wenn einst neben Israel auch z.B. Palästina und Kurdistan eine gesicherte staatliche Existenz erhielten - ist die Bildung von Staaten noch nicht das Ende von Ausbeutung und Unterdrückung, also von Eroberungskämpfen und dem Anzetteln neuer Kriege.

* Was ist von der Auseinandersetzung um Ströbele zu halten? Lenkt er nicht mit seiner (falschen) These, Israel habe sich die Verantwortung für die Scud-Angriffe selbst zuzuschreiben, von der Notwendigkeit ab, die Interventionsgeilheit des frischgebackenen Großdeutschland zu kritisieren, welches nun in zynischer Ausnutzung seiner Schuld am Holocaust den Kriegseinstieg unter dem Vorwand der Hilfe für Israel versucht? Und Renate Damus, die Broder als "Schmierenjournalist" angriff und damit ein antisemitisches Stereotyp der '30er Jahre benutzte, die dabei feststellte, wir seien hier eben jetzt rationaler als die Juden in Israel - hat sie dabei nicht die schreckliche Interpretation von "Rationalität" benutzt, bei der immer das potentielle Opfer als verrückt und irrational hingestellt wird? (Nebenbei, und ohne zu vergleichen - das kennen wir zur Genüge: Als irrational abgewertet zu werden.)

* "Ich fühle mich für die deutschen Giftgas-Lieferungen nur sehr bedingt verantwortlich". - Ja, wie ist es denn mit einer "Kollektivschuld"? Wir sollten nicht eine Vorstellung von Kollektivschuld bzw. eine Polemik dagegen übernehmen, die uns die Generation der TäterInnen überliefert hat. Die historisch reale Kehrseite der Kollektivschuld-These war die massenhafte Amnestierung von Tätern. Alle waren irgendwie abstrakt schuldig, aber niemand verantwortlich. - Andererseits geht die Abwehrpolemik gegen eine kollektive Schuld oft dahin, das Mitwissen, Mit-Tun auch durch kleine alltägliche Pflichterfüllung und Stillhalten zu verleugnen. Wo beginnt da bei jeder einzelnen von uns der Widerstand? Nicht in einer Toleranz gegenüber großdeutschen Interventionsmaßnahmen!

Am Sonntag hatten wir eigentlich vor, noch einmal über den Golfkrieg zu diskutieren, insbesondere dessen Verarbeitung durch verschiedene feministische

Strömungen in der BRD. Wir stellten jedoch fest, daß wir einerseits weitgehend die Kritik an diesen Frauen-Friedens-Ansätzen teilen, wie sie Theresia Degener formuliert hat ("Friedliche Frauen?" konkret 3/91). Andererseits hatte angesichts der (notwendigen!) heftigen Antisemitismus/Israel/Golfkriegs-Debatte des Vortages die Rassismus-Frage zu wenig Raum gehabt. Also wendeten wir uns noch einmal diesem Thema zu, mit dem Schwerpunkt auf der persönlichen Erfahrung.

Vorweg einige Einstiegs-Thesen:

* Rassismus ist eng mit Sexismus verbunden. Eine Gleichheit aller Frauen als Opfer der patriarchalen Unterdrückung festzustellen, verschleiert die Tatsache der Privilegien "weißer" gegenüber "schwarzer" Frauen. Darüber hinaus gibt es durchaus Sexismus auch von "weißen" gegen "schwarze" Frauen.
* Frauen können ihren eigenen Sexismus und Rassismus nicht per Definition einfach beseitigen, sondern diese müssen in einem (nie ganz abgeschlossenen) komplexen Prozeß der Aufmerksamkeit, der Kritik und praktischer Schlußfolgerungen "weg-gelernt" werden.
* Erscheinungsformen des Rassismus "weißer" gegen "schwarze" Frauen: Wir "weißen" Frauen beschäftigen uns ausgiebig mit unserer Schuld, jedoch nie mit unseren Taten. Von der "Black-Power"-Bewegung haben wir vor allem gelernt, um im Ergebnis unserer Kämpfe an gesellschaftlichem Statusgewinn zu profitieren - gerade auch gegenüber "Schwarzen". So schafft hier die Quotierung fast ausschließlich Arbeitsplätze für "weiße" Frauen, und wir haben bisher keine Strategie entwickelt, mit gleicher Vehemenz für Arbeitsplätze "schwarzer" Frauen zu kämpfen. Im Gegenteil - oft konkurrieren wir sie beiseite.
* Kann es "Schwesterlichkeit" geben? Sie ist nur möglich, wenn Frauen gemeinsam auch Klassensystem und Ausbeutung bekämpfen. Aber weiße Sozialistinnen haben sich vor allem an Männern abgearbeitet und den Frauen-Zusammenhängen nicht einmal Kritik geschenkt. "Weiße" und "schwarze" Frauen müssen Unterschiedlichkeiten untereinander zulassen und, statt daraus Feindseligkeiten um ihrer selbst willen zu pflegen, diese Differenzen als Katalysatoren von Vielfalt einsetzen.

(Siehe dazu: bell hooks: Schwesterlichkeit: Politische Solidarität unter Frauen. In den Tagungs-Materialien und in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis Nr. 27, Köln 1990.)

Aus der Debatte:

* Frage: Ist der Vorwurf von bell hooks, daß wir "weißen" Frauen die Kindererziehung unterbewerten und von unseren weißen Mittelschicht-Jobs nichts abgeben mögen, nicht auch die Handschrift des "Mütter-Manifests" und der konservativen Kritik am sogenannten "Doppelverdienertum"? Macht es Sinn, für "schwarze" Frauen beiseite zu rücken, ohne garantieren zu können, daß sie den Platz dann auch bekommen? - Die mindeste Schlußfolgerung ist, durch entsprechenden Umbau von Quotierungspolitik dafür zu sorgen.
* Ganz verschiedene Wege der Emanzipation prallen aufeinander: Vielen von uns ging und geht es darum, sich von der Familie und damit von privater patriarchaler Abhängigkeit zu lösen. Viele "schwarze" Frauen dagegen sind bitter angewiesen auf das Funktionieren großer familiärer Absicherungs-Netze und tragen selbst zu deren Erhaltung bei.
* Hier ergab sich eine heiße Kontroverse darüber, ob wir "alles allein schaffen" können: Kinder + Beruf + Politik sowie den meist auch bei Linken aussichtslosen Kampf um männliche Übernahme von Hausarbeit. Oder ob das illusorisch ist und frau die Einstellung einer (sogar oft "schwarzen") Hilfe bei der Hausarbeit in Kauf nehmen kann, um überhaupt Politik leisten zu können? Die Tendenz ging eher dahin, allen Dreck gefälligst selbst wegzuschaffen.
* "Ich kann nicht als gleichwertig anerkennen, was ich überhaupt nicht kenne." "Daraus muß die Konsequenz sein, daß wir unsere Position transparenter machen."
* "Wir müssen auch mit den 'schwarzen' Frauen darum streiten, ob ihr familiäres Ideal optimal ist. Sonst behandeln wir sie nur mit repressiver Toleranz." Dabei geht es darum, Raum zu geben, genau hinzusehen, der Konflikt kann nicht per Dialog "aus der Welt geschafft" werden. Widerstands-Strategien, die andere sind als unsere, müssen wir respektieren und zur Not die (gegen unsere Form des Patriarchats durchaus passende) feministische Meßlatte etwas zu Hause lassen. Das kann sehr problematisch werden: Ein Beispiel: Als Mitarbeiterin in einem Projekt mit türkischen Jugendlichen erlaubt A., daß zwei den unbeobachteten Raum im Projekt nutzen, um mal zu bumsen. Kommt das raus, gewinnt der Junge dabei nur an Prestige als toller Hecht, das Mädchen aber kann damit Zwangsverheiratung oder aber totale Konfrontation mit der Großfamilie riskieren. Kann A. das verantworten? Eine türkische Kollegin riet ihr zum Verbot, um das Mädchen zu schützen. Es bleibt ein Dilemma. - Die Debatte behandelte eine ganze Reihe solcher Erfahrungen, wo wir uns im Dilemma bewegen müssen, es nicht einfach "abschaffen" können und keine Stellvertreterinnen-Politik anstelle der Betroffenen machen dürfen.
* Einige "schwarze" Frauen entgegnen unserer Kritik an der Familie, daß unser Konzept von Liebe sehr eng und nur auf einen Mann, bestenfalls eine Kleinfamilie gerichtet ist.
* Einige werfen uns auch vor, daß wir hier durch unsere Mittelschicht-Position an bestimmte Unterschichten von Frauen überhaupt nur herankommen über die Beschäftigung mit "schwarzen" Frauen.
* Warum sind hier linke Gruppierungen meist "weiß"? Wie halten wir es damit?
* Anti-Sexistische Politik geht nur als zugleich antirassistische Politik. Dabei die Lösung nur in uneigennützigem Verhalten zu sehen, wird der Tatsache nicht

gerecht, daß wir als "weiße" deutsche 1.-Welt-Frauen Teil von Herrschaft bleiben.

Soweit einige Thesen und Fragen der Debatte.

In der Auswertungs-Runde am Schluß zeigte sich das Bedürfnis, ein Folgetreffen zu organisieren, um weiter zu diskutieren. Die Debatte wurde reihum als positiv bewertet.

Zu einer Diskussion um die Probleme mit dem Patriarchat in gemischten Gruppen und das Verhältnis zur Radikalen Linken sowie generell die Politikmöglichkeiten von linken, feministischen Frauen war es zu spät geworden. Wir nahmen uns allerdings vor, auf dem Folgetreffen diese Problematik und die Theoriedebatte anhand der in den Materialien versandten Texte stärker anzugehen (z.B. mit dem Papier "Drei zu eins", in dem Klassenwiderspruch, Rassismus und Sexismus als gleichrangige Knoten in einem vielfältigen Netzwerk von Repression beschrieben werden).

Außerdem halten wir es für eine Schande, daß wir uns in aller Regel bisher nicht die Mühe gemacht haben, das BRD-Ausländergesetz und seine Folgen besonders für Frauen zu studieren. Ohne diese Kenntnis bleiben alle antirassistischen Politikansätze Spekulation. Auch diesem Mangel wollen wir auf dem Folgetreffen soweit möglich abhelfen.

Zur Organisation des nächsten Treffens wurde die bisherige (norddeutsche, vor allem hamburger) Vorbereitungsgruppe noch einmal beauftragt. **Kontakt für Interessentinnen: Regula Bott, Klosterallee 53, 2000 Hamburg 13.**

Das Folgetreffen findet statt:
Samstag, 15.Juni, ab 13.00 Uhr,
bis Sonntag, 16.Juni, 16.00 Uhr,
am gleichen Ort wie letztes Mal:
Köln, Melchiorstr. 3,
Bürgerzentrum "Alte Feuerwache".

Marianne v. Ilten

Gedächtnisprotokoll des Treffens der RL vom 23./24.3. in Köln (nur Diskussion des 2.Tages)

Die RL trat sich unter dem Arbeitstitel Golfratschlag am 23./24.4 in Köln. Während es am Samstag um den Golfkrieg, Einschätzung zu Imperialismus, Friedensbewegung usw. ging, war der Sonntag der RL und ihrer inneren "Verfaßtheit" gewidmet. Ich habe nur den zweiten Teil stichwortartig protokolliert, sicher ist die Wiedergabe unvollständig oder vielleicht in einigen Punkten sogar falsch. Ich habe mich bemüht, soweit als möglich alles zusammenfassend wiederzugeben.

Einige Leute aus dem Koordinationsrat stellten kurz einander ergänzend die Situation im/des Koordinationsrat dar. Das abgemachte Treffen des Koordinationsrat ein bis zwei Tage nach Kriegsbeginn fand nicht statt, da sich niemand verantwortlich fühlte. Der Koordinationsrat traf sich dann am 1.2. in Frankfurt. Die inhaltliche Debatte (zum Golfkrieg) am Samstag wird allgemein als befriedigend bezeichnet. Der Sonntag dagegen läuft chaotisch. Politische Differenzen sind die "Nie wieder Deutschland"-Option der RL, die Wahlboykottfrage, der Israel/Palästina-Komplex. Aber persönliche Anmachereien, Verdächtigungen, Animositäten vermischen sich mit den politischen Inhalten und werden teilweise wichtiger als das Thematische. Karl-Heinz Roth verläßt den Koordinationsrat und die RL. Der Koordinationsrat geht ohne Abmachungen auseinander, die einzelnen Leute sind ziemlich frustriert.

Aus dem Geschehen kann mensch nur noch die Nicht-Existenz des Koordinationsrat folgern. Was bleibt aber von der RL noch:

1. Es bildete sich in der Folgezeit eine Ad-Hoc Redaktion "Flugschrift der RL", die allerding nicht mit der ursprünglich gebildeten Redaktion übereinstimmt.

2. Die Rundbrief-Redaktion arbeitet (Köln und Hamburg)

3. Das Büro der RL in Hamburg (mit Maren) arbeitet weiter.

Die folgende Diskussion habe ich im zeitlichen Verlauf wiedergegeben. Manchmal habe ich Argumente, Vorschläge und Beiträge, die sich aufeinander beziehen, zusammengefaßt - auch wenn sie nicht zeitlich aufeinander folgten:

Zu klären ist, ob das Chaos und die persönliche Anpisserei wesentlich auf alten (Polit)-Ehegeschichten, persönlichen Feindschaften oder auf tatsächlich unüberbrückbaren politischen Differenzen beruhen. - Vorgeschlagen wird, den Koordinationsrat neu zu formieren, einen Teil der Leute durch andere zu ersetzen bzw. den Koordinationsrat noch zu erweitern, um den Privatkrieg da herauszubekommen. Die inhaltlichen Differenzen seien gar nicht so gravierend und grundsätzlich. - Dem entgegnet wird, daß inhaltliche Differenzen überhaupt nicht ausgefochten werden, sondern nur zugekleistert. Unterschiede in Inhalt und Option sollen öffentlich gemacht werden. Ehrliche Auseinandersetzung über Strategie können zwar zum Knall und Bruch führen, die Methode des Zukleistern führt aber nur dazu, daß immer mehr Spektren wegbrechen (z.B. Karl-Heinz Roth) oder sich leise verabschieden, wie die geringe Beteiligung (ca. 60 Leute) in Köln zeigt.
Der Koordinationsrat sollte sollte weiterhin in Geschlechterparität besetzt sein (Grundlagenpapier), annähernde Parität sollte auch zwischen den politischen Strömungen angestrebt werden. Ad-hoc-Gruppen mit Produktionsziel (Demo, Konferenz, Zeitung) arbeiten parallel dazu innerhalb der RL.

- Den Koordinationsrat und die RL auf der Ebene des Ehekrachs zu analysieren, sei abzulehnen, mensch solle bedenken, daß die RL kein Parteiaufbauladen ist, sondern ein locker gefügtes Gebilde, das eben auch eher knallt. Gemeinsame Punkte sind Projekte, die die RL zusammenhalten. Es ist überhaupt kein Wunder, daß beim Tempo der historischen Entwicklung starke Zentrifugalkräfte auf die Linke und auch die RL wirken.
Kritisiert wurde, daß die RL das Scheitern der Linken reflektieren und aufarbeiten wollte, aber nur Aktionismus gefolgt sei. Das ursprüngliche Ziel spielt kaum noch eine Rolle.
Der Vorwurf an Gruppierungen oder Cliquen in der RL, sie wollen Hegemonie erreichen, wird immer in der einen oder anderen Form bleiben. Frage ist nur, wie wir damit umgehen, ohne einfach rauszugehen. Solche Vermutungen sollten nicht getuschelt, sondern offen ausgesprochen werden. - Konkret wurde die Vermutung geäußert, daß Jutta Dittfurt einen eigenen "Laden" aufziehen wolle. Die RL ist kein Parteiaufbauladen, sondern eine Koordinierung, die aber auch Strukturen braucht. der Koordinationsrat muß sich häufiger treffen. Die Zeit der Linienorganisationen sei vorbei, selbst in bestehenden Parteien gibt es Spannweiten. Dissidente Positionen sollten nach ihrem Gewicht dargestellt werden. - Zur Minderheitenfrage müssen wir uns weiter Gedanken machen. - Dem entgegnet wurde, daß Minderheitsvoten auch handlungsunfähig machen können.

Bündnisfähigkeit darf nicht zu Beliebigkeit werden. Wichtig sei es die Themen Antiimerialismus, Antizionismus und "die Verantwortung der Opfer von politischen und ökonomischen Gewaltverhältnissen" (z.B. Faschismusbegeisterung bei Verelendeten) anzupacken. Der Anspruch auf Interventionsfähigkeit widerspricht der Struktur eines lockeren, pluralen Diskussionszirkel.
Dieser kleine RL-Haufen war in Frankfurt '90 in der Lage, die "Nie wieder Deutschland"-Demo auf die Beine zu stellen. Das war wichtig für das Rückgrat der Linken. Wir müssen klären, was wir uns jetzt noch zu sagen haben.
Thomas Ebermann plädiert für eine stärkere Kenntlichmachung der RL als eine Strömung innerhalb der Linken, die für die (berühmte Kraft der Negation steht. Die RL war sehr plural, nicht festgelegt und Gegnerin Deutschland. Seine Hoffnung war, daß die RL sonstige politische Bindungen zu sekundären macht. Das sei nicht eingetreten, die RL ist jetzt die sekundäre Option mit Bündnischarakter. Obwohl politische Verbundenheit mit Leuten oder Gruppen durch Ereignisse (z.B. linke Golfkriegsbefürwortung) destruiert wird, hat Ebermann weiterhin seine ursprüngliche Hoffnung im Hinterkopf. Die RL muß stärker zu ihrer anfänglichen Intention, "Kraft der Negation", zurückfinden, eine stärkere Vereinheitlichung muß stattfinden, auch um den Preis der Ausgrenzung von Minderheiten und einer Verkleinerung des Kreises (Marginalität ist keine Schande - J.)
Aus der Radix-Strömung wurde dagegen gefordert, eine Verfahrensregel zu finden, Minderheitenpositionen auszudiskutieren, sowie die Bereitschaft, diese zu berücksichtigen (- Übrigens auch für Raucher - Anm. J.). Gleichfalls sollte die Bürostruktur geändert werden. Bemerkt wurde auch, daß der Wahlboykott die Geschäftsgrundlage aus dem Grundlagenpapier veränderte. - Jutta Dittfurt wendet sich gegen eine weitgehende Vereinheitlichung, die wohl darauf hinausläuft, daß einige theoretisch Interessierte sich über die reine Lehre auseinandersetzen, während Mnenschen aus Praxisbezügen damit abgedrängt werden. Es ist klar, daß prinzipielle Differenzen Abgrenzungen erfordern, es muß aber als grundsätzliche Entscheidung innerhalb der RL ein politischer Spielraum sichtbar sein. Die RL solle in ihrem organisatorischen und finanziellen Rahmen Demo- und Konferenzprojekte betreiben und damit auch zur Arbeits- und Kaderqualifizierung beitragen. Außerdem meinte Dittfurt, daß die Büroarbeit unparteiischer werden müsse.

Vorgeschlagen wurden als zwei Konferenzprojekte eine "Linke/alternative Nahostkonferenz" zusammen mit anderen Gruppen sowie eine Herbstkonferenz "Deutschland - ein Jahr Schreckensbilanz". Über beide Konferenzen wurde nicht weiter diskutiert. Es gab weder ein positives noch ein negatives Votum.

In der sich wegen der Zeitbegrenzung auflösenden Versammlung wurde trotz großem Chaos noch ein RL-Treffen über die Struktur, Inhalte und zukünftige Ziele und Projekte der RL sowie über eine Neubestimmung des Koordinationsrat geeinigt. Termin ist der 4./5.Mai. Ort war noch unbestimmt. Inzwischen entschied mensch sich für
. Wenn ein Zerfall oder Zusammenbruch der RL noch zu verhindern ist und das Mai-Treffen keine Beerdigungsveranstaltung werden soll, müssen dort die offensiv die Probleme angegangen werden. Der gesamte Verteiler der RL, der ursprüngliche Trägerkreis soll angesprochen werden.

Joachim

VOM SCHLEPPEN DER DISKUSSION IN DER "RADIKALEN LINKEN" (März '91)

* Während die Radikale Linke aufbrach in die und zur Umgruppierung der Linken, schleppt sie sich heute eher umher. Bei den Treffen ist das Weitermachenwollen zu stark, um es alles sein zu lassen, und zu schwach, um nach vorne zu kommen. Insofern es die Diskussionen zur Ausprägung des weiteren Profiles und zum Angehen weiterer Themen sein könnten, die immer wieder das gemeinsame Interesse regenerieren, liegt eine tödliche Schwäche in Schwierigkeiten, solche Diskussionen zu führen. Hier scheinen aber die Schwierigkeiten zu liegen. Im folgenden soll davon versuchsweise die Rede sein. Gewissermaßen verbindet sich die Trägheit des Projektes mit der mangelnden Klarheit bezüglich der Hindernisse. Es kann hier nicht um Lösungen gehen, weil das Vorbringen einer Reflexion sich selbst in den reflektierten Dilemmata bewegt.

* Weil die Radikale politisch marginalisiert ist, läßt sich schwer einschätzen, ob eine Handlung oder Diskussion ihrerseits als Erfolg zu bewerten ist. Diese Schwierigkeit wird der Radikalen Linken gefährlich, weil sich im Kosten-Kalkül des Abwägens von Aufwand und Aufregung gegen Erfolge die Waagschale zu schnell neigt. Bei einem Verein dessen Nutzen - jenseits der hergeleiteten Motivation, diesen Prozeß zu starten - nicht auf der Hand liegt, ist man schneller geneigt, sich zu verabschieden. Das Pendeln zwischen den betreffenden Gewichtungen, kann die eine Seite denunzieren, nun "rücken wieder Ärsche an die Heizung", während die andere Seite das Ausharren als Geduldigkeit des Sitzfleisches sieht. Nach dem einige nun beklagen, den weltgeschichtlichen Bezugsrahmen verloren zu haben - also verloren haben die Garantie, letztlich auf der Seite der Sieger zu stehen - muß die Begründung sozialistischer Politik - in einem positiven Sinne - moralischer sein: das Projekt der Selbstbehauptung und Selbstbestimmung muß universell und internationalistisch bleiben, ist das Streben nach Emanzipation mehr als - wohlmöglich verbrämter - Egozentrismus. An dieser Stelle liegt nun die nächste Schwierigkeit. Je marginalisierter die Positionen der radikalen Linken sind, umsomehr bedarf es ihrer analytischen und moralischen Rechtfertigung. Indem aber viele radikale Linke dazu nicht in der Lage sind, müssen Symbole zumindestens vorrübergehend die eigene rechtfertigungsfähige Identität gegen andere politische Positionen leisten. Deshalb legt sich die radiakle Pose nahe. Sie soll unverwechselbare Identität verbürgen und ahnt doch ihre eigene Schwäche. Der heimlichen Freude bei Vernehmen des Wortes "Revolution" - warum und wie auch immer diese sei - korrespondiert die Aufregung betreffs vermeintlicher Abweichler. Gremliza hat also ein tatsächliches Dilemma erfaßt, wenn er formuliert, es gäbe "Anfälle linksradikaler Idealpolitik","die das Mileu als Ersatz für Mutti, Selbsterfahrungsgruppe

und elektrische Eisenbahn ab und zu braucht". Aus der Ahnung dieser Schwäche resultiert bei denen, denen an ihrer Behebung liegt, das Vorschlagen immer weiterer Schulung. Dieses jedoch hat neben obigen Schwierigkeiten die Schwierigkeit, daß "2 Kongresse plus 3 Flugschriften pro Jahr" bestimmt nicht die Umgruppierung und Verständigung der radikalen Linken ist. Wenn bezüglich der Zukunft der radikalen Linken richtigerweise nicht das "Ob", sondern das "Wie" diskutiert wird, überbrücken solche Vorschläge möglicherweise Phasen des drohenden Zerfalls, sie lösen allerdings nicht die Grundschwierigkeiten. Deshalb haben sich die einen verabschiedet, hoffen die anderen auf die Autonomen als neuem Fetisch der radikalen Aktion und wieder andere bleiben lieber bei den Vereinen, die sie seit Jahren betreiben,um abwägend die Radikale Linke zu begleiten, obwohl sie wissen mögen, daß sich Abwarten und Belanglosigkeit des Beäugten bedingen.

* Die Radikale Linke ist zu personenbezogen. Auf der einen Seite sollte es in einem Diskurs keine Autorität geben, die sich jenseits der konkreten Argumentation auf generalisierte Zustimmungsfähigkeit beruft. Generalisierte Zustimmung zu Vertrauenspersonen ist zwar eine rationale Handlungsweise, aber nur insofern sich nicht immer ein Diskurs führen läßt. Das ist aber in einem Projekt, das sich als Diskussionszusammenhang definiert, nicht der Fall. Alles was jenseits der Beurteilung der jeweiligen Argumente liegt, besitzt den Charakter "linker" Erweckungsmessen, die mangelnde Überzeugungskraft durch symbolische Integration und Identitätsbeschwörung ersetzen. Auf der anderen Seite also muß eine Kritik an den Argumenten und dem Diskursverhalten von Personen möglich sein, ohne daß dadurch diese Personen politisch ausgegrenzt oder moralisch in Frage gestellt werden. Weil all dies keineswegs klar ist, werden zur Verteidigung von Personen bzw. von Gruppen in der Radikalen Linken Argumente auf- bzw. abqualifiziert. Diese opportunistische Haltung zur Wahrheit pervertiert die anvisierte Solidarität, der sie dienen soll, indem das richtig wird, was das taktische Interesse der Teilgruppe befördert. Mit dieser Einstellung wird die Dimension des kadermäßigen Agierens in Bündnissen nicht verlassen. Nun mag diese Situation gruppensoziologisch als inhärent in politische Formationen ausgewiesen werden, für die Radikale Linke ist dies indessen deswegen besonders schwierig, weil sie sich ausdrücklich primär als Diskussionsforum zur Annnäherung politischer Standpunkte organisierte. Hinzu tritt folgende Aporie: auf der einen Seite können es nur "strategische" Diskussionen (d.h. hier: Diskussionen über die längerfristige politische Strategie und deren Herletitung) sein, die die Radikale Linke über ein Aktionsbündnis heben, auf der anderen Seite ist bei abstrakten "strategischen" Diskussionen die Gefahr am größten, das sich politische Gräben auftun, die sich nicht so weit auftun müssen, wenn eine konkrete Handlung geplant wird. Während die Aktion das Zusam-

menkommen ermöglicht, ohne eine Qualität jenseits des Aktionsbündnisses zu erreichen, macht die "strategische" Diskussion das Mehr zum Aktionsbündnis aus, blockiert aber - außer wenn man sie dann abbricht - die Handlungsfähigkeit.

* Weil sich die Identität der Radiaklen Linken mit der Nie-wieder-Deutschland-Orientierung am meisten verknüpft, insofern das Grundlagenpapier als nicht verabschiedet weniger Legitimität als die entsprechenden Demonstrationsaufrufe besitzt, besteht die Gefahr diese Orientierung zu immunisieren. So ist es zu verstehen, daß die Frage, ob nicht bestimmte Herleitungen des Nie-wieder-Deutschland mit der Befürwortung des Irak-Krieges zusammenhängen, als "idiotisch" oder "verrückt" bezeichnet wurde. Es geht bei dieser Frage nicht darum, die Nie-wieder-Deutschland-Orientierung als falsch hinzustellen, nicht darum, daß alle, die diese teilen, aufhören werden, Kriegsgegner zu sein. Es geht darum, daß in der Festlegung auf die Nie-wieder-Deutschland-Orientierung eine Bandbreite von Herleitungen dieser Orientierung akzeptiert wurde, die solche umfaßte, die ein Einfallstor zur Kriegsbefürwortung beinhalteten. Gemeint damit sind solche Positionen, deren Anti-Deutschtum eine doppelte Kontinuitätsthese annimmt. Zum einen bestehe die Kontinuität auf seiten der Herrschenden und zum anderen auf Seiten des autoritaren, antisemitischen Nationalcharakters. Diese These führte im Falle des Scud-Angriffe auf Israel bei Frankfurter Genossen dazu, die These zu vertreten, die BRD sei nich nur die Fortsetzung des 3.Reiches mit anderen Mittel (eben nur faschisierend und nicht offen faschistisch), sondern die Fortsetzung des 3. Reiches mit den gleichen Mitteln. So wie dort die jüdische Bevölkerung Europas vergast wurde, habe man auch jetzt den Gaseinsatz gegen die Juden mitgefördert - und d.h. letztlich miteinkalkuliert (vgl. den Aufruf, der im ak nachzulesen ist). Dieser Kontinuität beim Gegner entspricht dann folgerichtig die Kontinuität des Abwehrkampfes: während im 3.Reich die jüdischen Mitbürger von den Eltern verraten wurden, muß man jetzt selbst mit ihnen im Widerstand kämpfen - bzw. andere mit ihnen kämpfen lassen. Der antifaschistische Kampf zur Rettung der Juden wird also nachgeholt. So wie die Konservativen mit der Geschichte abrechnen wollen, kann man diese Konstruktion lesen als Versuch, sich nun von einer historischen Last zu befreien: linke Vergangenheitsbewältigung als Folge der in der Nie-wieder-Deutschland-Debatte mitschwingenden Kontinuitätsthese. Die These von der besonderen Gefährlichkeit des deutschen Nationalismus läßt es zu, mit dem Mossad gegen dessen objektive Handlangerin PLO zu stehen. Die Kontinuitätsthese führt bei Pohrt und Schneider als Kontinuitätsthese bezüglich des deutschen - auch den radikalen Linken innewohnenden - Nationalcharakters zu den bekannten Ausfällen, nach denen im übrigen jegliches politisches Engagement in der BRD fraglich wäre.

Fazit: der Wunsch, ein eigenes radikales Profil zu bewahren und im Pathos der "Kraft der Negation' nach außen zu vertreten, hat zu der Nie-wieder-Deutschland-Orientierung zu mangelnden inhaltlichen Klärungsprozessen beigetragen. In der Radikalen Linken werden einer metaphysische Positionen (de. u.a.) zugelassen als ein Quantum vermeintliche Radikalität fallengelassen. Vom Gründungsimpetus ist weniger die undogmatische Diskussion (z.B. diesseits und jenseits des Marxismus) geblieben als der Symbolismus der Radikalität. Die Leitfrage sollte nicht sein "Was mussen wir tun, damit xy (z.B. "das" autonome Spektrum) uns politisch lieb hat?' Es ist nur ein kleiner Schritt von der radiaklen Pose zur Posse: eine Kehrseite der politischen Marginalität der radikalen Linken ist die Chance, die Überzeugung von ihrer Richtigkeit nicht mit dem eigenen Bewußtsein von Wichtigkeit zu verwechseln.
(MEB,Köln)

POSITIONSPAPIER ZUM RL-TREFFEN AM 22./23.6.91

Der hauptsächliche Mangel der RL besteht seit ihrer Gründung darin, immer noch nicht über eine gesellschaftsübergreifende Perspektive zu verfügen. Was verschiedenen Gruppen der radikalen Linken in der früheren DDR innerhalb weniger Wochen und Monate um die Ereignisse der „Novemberrevolution" herum gelang, nämlich mehr oder weniger deutlich konturierte Forderungsplattformen programmatischen Charakters zu erarbeiten und der Öffentlichkeit zu präsentieren (Leipziger Grundsatzerklärung/Böhlener Plattform der 'Initiative für eine Vereinigte Linke', Hallesche Plattform für eine sozialistische deutsche Räterepublik, Aufruf des Bundes unabhängiger Sozialisten, Gründungserklärung des HSB Rosa Luxemburg, Erklärungen der 'Nelken'/Gründungsgruppe für eine marxistische Partei, Erklärungen der '13. Autonomen Pankow') scheint in der RL „West" ein außerordentlich schwieriges, fast unmögliches Unterfangen.

Anfänglich mag es durchaus sinnvoll gewesen sein, sich in einer reinen Ablehnungsfront mit einer Grundsatzposition vom parlamentarischen Reformismus der Grünen und der Realpolitik zu verabschieden. Der RL gelang mit der Frankfurter Demonstration gegen die staatliche Vereinigung im Mai 1990 auch gewiß ein erster eindrucksvoller Erfolg praktischer Mobilisierungs- und Handlungsfähigkeit, die mit der Schriftenreihe „Nie wieder Deutschland" unterstrichen werden konnte.

Doch scheint mir die Losung gegen die Einstaatlichkeit wenige Monate später, in der Novemberdemo gegen Nationalismus und Imperialismus aufgegeben worden zu sein, obwohl gerade die Verteidigung der Zweistaatlichkeit das eigentliche politische Profil der RL (aber auch einiger anderer radikaler linker Gruppen, die aus den verschiedensten Gründen nicht in der RL mitarbeiten) ausmachte und sie damit positiv von der PDS, der DKP, den Grünen, dem SB, christlichen Zirkeln und PazifistInnen, d.h. dem reformstrategischen Spektrum der 'Linken' allgemein abgrenzte.
Darin lag die eigentliche anfängliche Stärke der RL.

Die reformstrategisch orientierten Kräfte traten nämlich in keiner Weise konsequent gegen die Wiedervereinigung auf, die PDS förderte sie – an der Macht – sogar aktiv unter Modrows nationalistischer Formel des 'Deutschland, einig' Vaterland', womit sie den Ausverkauf der sozialen Vorteile in Ostdeutschland begünstigten. Statt die gefährlichen Illusionen in die staatliche Einheit Deutschlands auf der Grundlage des parlamentarisch organisierten Monopolkapitalismus zu zerstören, verharmlosten die genannten Kräfte die Gefahren Großdeutschlands.

Die RL beschränkte sich im Gegensatz zum reformistischen Spektrum in der deutschen Frage nicht auf die diffuse Ausmalung der drohenden – inzwischen hundertprozentig bestätigten – ökonomischen, ökologischen und sozialen Folgen der Einheit, sondern forderten, wenngelich etwas zu abstrakt in der Formel, den Erhalt eines staatlich getrennten, eigenständigen Ostdeutschlands als wichtigste notwendige Bedingung der Sicherung der Arbeitsplätze, des vergesellschafteten Eigentums, der zahlreichen Sozialreformen (aus sozialistischer Sicht fällt die Notwendigkeit zweier deutscher Staaten frühestens mit dem Erfolg einer sozialen Erhebung gegen den Kapitalismus in Westdeutschland).

Die Losung „Nie wieder Deutschland" war subjektiv aus der Sicht der RL nicht gleichzusetzen mit der Verteidigung des stalinistischen Systems in der ehemaligen DDR, doch waren durchaus für Außenstehende Verwechslungen möglich, weil in den Texten eine klarere Darlegung weitergehender, antibürokratischer Zielvorstellungen fehlte, die die RL in ihren Aktionen gegen die „Einheit" als Einheit für das Kapital hätte vertreten müssen.

In diesem wesentlichen Punkt verhielten sich die genannten radikalen Gruppen der Linken in Ostdeutschland konkreter. In ihrer programmatischen Ausrichtung handelten die radikalen Linken dort viel konsequenter und waren (und sind es möglicherweise noch)

der RL West um Längen voraus, besonders im Hinblick etwa auf die Ausarbeitung und Propagierung z.B. rätedemokratischer Vorstellungen und Formen der direkten Demokratie der ProduzentInnen, die über den abstrakten „Antiparlamentarismus" der RL West hinausgehen. Auch Ideen zur Umgestaltung der zentralen bürokratischen Kommandowirtschaft fehlen nicht, wurden schon Ende 1989 entwickelt.

Auch wenn der momentane Zustand der radikalen Linken Ost mir nicht bekannt ist, verspreche ich mit einiges von einem Meinungsaustausch. Dieser wäre sicher für beide Seiten lehrrreich und könnte zu einer positiven Verständigung und Zusammenarbeit führen. Ich schlage daher für die künftige Arbeit des KA vor, mit diesen Gruppen Kontakt aufzunehmen und ihnen die Durchführung einer gemeinsamen Arbeitstagung im Herbst vorzuschlagen.

Keine Probleme sehe ich darin, eine derartige gemeinsame Arbeitskonferenz mit dem Vorschlag Jutta Ditfurths zu verbinden, den Konflikt im Nahen und Mittleren Osten zu diskutieren, eher im Gegenteil: Die Unterstützung der BRD für den Golfkrieg der Alliierten hat unmittelbare Folgen für die arbeitende Bevölkerung in ganz Deutschland, besonders in der Ex-DDR. In jedem Fall würde ich es sehr bedauern, wenn die RL West und Süd in Westdeutschland sich weiterhin von den möglicherweise gleichgesinnten Kräften im Osten fernhielte und den Versuch scheute, mit denen ins Gespräch zu kommen, die zu den Hauptbetroffenen der Wiederkehr bürgerlicher Herrschaft in Ostdeutschland gehören.

Mögliche Tops einer gemeinsamen Arbeitskonferenz der RL-„Wessis" und der radikalen linken „Ossis" könnte folglich sein:

1. Der Golfkrieg und seine Folgen (u.a. Auswertung der Flugschrift, die weitere Entwicklung, etc.)
2. Die politische Situation in der BRD zwei Jahre nach der „Novemberrevolution" (hier sehe ich den Vorschlag der KB-Minderheit völlig unproblematisch untergebracht)
3. Die gemeinsamen und die auseinandergehenden programmatischen
Perspektiven der RL West und der radikalen Linken Ost
4. Die möglichen gemeinsamen künftigen Aktivitäten.

Was den mittlerweile existenten Rundbrief angeht, schlage ich vor, diesen absolut in den Dienst der inhaltlichen Klärung der Positionen in der RL zu stellen. Der RB sollte ein Forum für die interne, gemeinsame Entwicklung einer programmatischen Perspektive darstellen, das heißt der Überwindung der bisherigen zentralen Schwäche der RL, und zwar zielstrebig und mit der Vorgabe gewisser Fristen für einzelne thematische Sequenzen (z.B. Ökologie, Frauenpolitik, Gewerkschaftspolitik, Internationalismus, Betriebsarbeit, Parlamentarismus/Rätedemokratie, Reform oder Revolution, etc.). Zu diesem Zweck halte ich die Beschlußfassung des nächsten bundesweiten Treffens der RL über einige redaktionelle Kriterien des RB für notwendig:

a) Setzung von ein bis zwei Schwerpunktthemen bis zum jeweils nächsten bundseweiten Plenum der RL,
b) Obergrenze der Artikellänge drei Seiten DIN A 4,
c) Abdruck von Beiträgen zur Inhaltsdebatte in der zeitlichen Reihenfolge ihres Eintreffens bei der Redaktionsanschrift unter Angabe eines Redaktionsschlußtermins,
d) sauber maschinengetippt oder auf Diskette mit Namensangabe der VerfasserInnen,
e) Pro Thema kann sich jemand nur einmal äußern, um vielen RL-Mitgliedern Gelegenheit zur Beteiligung zu geben (Abkürzungsform: Ein Beitrag erscheint als Position einer ganzen „Ortsgruppe" der RL),
f) „Gastkommentare" nicht in der RL aktiver Leute/Gruppen sind möglich, jedoch mit dem KA abzustimmen.

Hans-Jürgen Kleine,
Mitglied der Redaktion Rundbrief

vgl. Die Aktion, Zeitschrift für Politik, Literatur, Kunst, Dokumente der Initiative "Vereinigte Linke", Edition Nautilus, Nr.60/63, 1/90, Hamburg

Keine Spaltung!?

Die linke Grünen-Politikerin Jutta Ditfurth kennt kein ihr zugeschriebenes „Projekt 94"

■ Die Frankfurter Radikalökologin Jutta Ditfurth will die Grünen ganz im Gegensatz zu einer Meldung der taz-Hamburg vom Montag nicht spalten, weder während des Bundesparteitages am übernächsten Wochenende in Neumünster noch zu einem anderen Termin. Folglich will sie auch kein Spaltprodukt in ein Wahlbündnis mit der PDS führen. Dieses Unternehmen, das in der taz „Projekt 94" genannt wurde, entsprang der Phantasie zweier GAL-Linker, die den Verlauf ihrer Mitgliederversammlung offensichtlich nicht verdaut hatten. Jutta Ditfurth bestätigte auf taz-Anfrage, daß an der Meldung vom Montag nicht ein Funken Wahrheit sei.

Zwar habe sie sich zeitgleich mit der GAL-Versammlung in der GAL-Geschäftsstelle in Altona aufgehalten. Doch bei dem dortigen Treffen habe es sich weder um ein „konspiratives" noch um ein „bundesweites Linkentreffen" gehandelt. Tatsächlich tagte in der Bahrenfelder Straße der Arbeitsausschuß der „Ökologischen Linken" mit jeweils einem Delegierten pro Bundesland. Von Spaltung sei beim Treffen in Altona - so Ditfurth - nur insofern die Rede gewesen, als daß für Neumünster aus den Lagern der grünen Realos (Joschka Fischer und Co.) und des „Aufbruchs" (Antje Vollmer und Co.) „Spaltungsbeschlüsse" erwartet würden.

Solche Beschlüsse wären nach Angaben der ehemaligen Bundesvorstandssprecherin das Umwandeln der Grünen in eine ökologische Bürgerrechtspartei oder auch die Aufhebung der Trennung von Amt und Mandat. Damit würde der Gründungskonsens der Grünen gebrochen. Zu dem, was dann aus den Grünen würde, sagte Jutta Ditfurth: „Das eurozentristische Projekt einer rechtsangepaßten dogmatischen Kaderpartei."

Auch die Wahl der ehemaligen Bundestagsabgeordneten Antje Vollmer zu einer der drei (oder künftig zwei) Bundesvorstandssprecherinnen würde von der „Ökologischen Linken" als „Spaltungsbeschluß" interpretiert, denn die Bielefelder Aufbruch-Pastorin sei „die zentrale Figur". Wie auch immer der Bundesparteitag im holsteinischen Neumünster ausgeht, das (diesmal tatsächlich) bundesweite Treffen der „Ökologischen Linken" soll am 11. und 12. Mai in Frankfurt stattfinden.

Jürgen Oetting

taz HH
19.4.91

Zur Konferenz der „Radikalen Linken“ am 22./23.6.91 in Frankfurt

Noch ein Nachtrag zur Konferenzankündigung im „Kurzen Rundbrief“ vom 28.3., was die bisherigen TOPs für diese Konferenz betrifft. Nach dem enttäuschenden inhaltlichen Verlauf und die nicht gerade schwindelerregende Teilnehmerzahl des „Golf-Ratschlags“ am 23./24.3. hier in Köln dürfte eigentlich klar sein, daß die „Radikale Linke“ dem Gelingen dieser Konferenz eine gewichtige Bedeutung zumessen sollte. Es geht nicht zuletzt um das Überleben und eine weiterreichende Perspektive der „RL“ selbst, als auch die Option auf eine fundamentale linksradikale Opposition in dieser Zeit schwarz-braun-großdoitscher Renaissance. – verschwindet die RL in der Bedeutungslosigkeit?

Der Eindruck vom Gesprächsverlauf etwa in dem Kölner Freundeskreis der „Radikalen Linken“ bestärkt mich in dem Eindruck, daß hier – sicherlich mitausgelöst durch die Turbulenzen im noch amtierenden Koordinierungsausschuß – ein Diskussionsbedürfnis losgetreten worden ist, dem als Plattform – wäre es nach den Organisatoren der Kölner Konferenz gegangen – ein bißchen der Sonntag dieser Konferenz neben anderem gewidmet sein sollte.

Es ist von daher m.E. wichtig, diese Strukturdiskussion sobald als möglich zu führen, sich über örtliche Zusammenhänge und Positionen hinaus auch bundesweit über die Vorstellungen linksradikaler Politik und Struktur zu verständigen und zu diskutieren.

Das kommt mir in der Auflistung der TOPs für die geplante Frankfurter Konferenz (...wobei damit nichts über deren Wichtigkeit und Relevanz ausgesagt ist...) und vor dem Hintergrund der verschobenen Diskussion auf der Kölner Konferenz etwas zu kurz!

Es wäre in dieser Situation womöglich sinniger, sich über einige bisher gefunde Punkte für die nächste Konferenz vielleicht etwas schneller und zeitlich gerafft zu einigen, um dann viel Platz für die Diskussion der Punkte zu haben, die tatsächlich auf den Nägeln brennen.

Inhaltlich müßte die TO somit doch erweitert werden, wobei eventuell Stichpunkte – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – mit Begriffen wie

- selbstkritische Reflexion der bisherigen Arbeit und Projekte der RL
- Vernetzungs- und Bündnisdiskussion in Hinsicht auf eine Bündelung des linksradikalen Kräftepotentials, lokal – regional – bundesweit
- Einbeziehung der autonomen und sozialrevolutionären Kräfte innerhalb des linksradikalen Spektrums
- Strukturdiskussion über die Diskussion einer Neubesetzung des Koordinierungsausschuß hinaus
- Gegebenenfalls sollte auf der nächsten RL-Konferenz auch ins Auge gefaßt werden, einige bereits stehende TOPs zu verschieben oder aber in AGs zu delegieren, wenn sich abzeichnen sollte, daß wir zeitlich wieder in die Bredouille kommen.

An die anderen bereits länger zusammenarbeitenden oder neuentstandenen Gruppen die Bitte, sich in ihren Gruppen hierzu einen Kopf zu machen.

Georg, RL-Köln

SESIMIZ/UNSERE STIMME

Monatliche Zeitung in deutsch und türkisch aus Hannover, bundesweit orientiert!

Adresse: Unsere Stimme/Sesimiz
c/o Bildungsverein Oststadt
Bütersworthstr. 12
3000 Hannover 1

Wer „Sesimiz/Unsere Stimme“ abonnieren will (12 Ausgaben, 30,--DM) überweist den Betrag an: U.Hasselbring/Unsere Stimme (Name unbedingt schreiben) Kontonr: 771996 BLZ:250 501 80 Stadtsparkasse Hannover

---

Analysen – MASA – Informationen zu Peru
Nr. 1 vergriffen
Nr.2 Rassentrennung und Klassengesellschaft (L.Lumbreras) MRTA – Die unbekannte Geschichte; die Menschenrechtsorganisation ADEPAZ
Nr.3 Die Kommunalwahlen 1989
Interview mit j.Reategui (ADEPAZ) + j.Diez Canseco
Nr.4 Schwerpunktthema: Der bewaffnete Kampf
Nr.5 Fujimori – die Maske ist ab
Gewerkschaften – Interview mit Andres Luna Neyra
Parteien – Die Linke in ihrem Labyrinth
Nr.6 Koka – das grüne Gold

Hiermit bestelle ich MASA Bestelladresse
Nr. .... Peru Gruppe Hamburg
Stck.... Postfach 600 444
2000 Hamburg 60
Hiermit abonniere ich MASA
ab Nr. ....

Einzelexemplar 7,-- (incl. Porto)
5 Exempl. im Paket 25,-- (“ “)
Jahresabo (4 Ausg.)25,-- (“ “)
Versand nur gegen Vorkasse: Briefmarken, Schecks, Bargeld...

Bundesarbeitskreis kritischer Juragruppen:
Der BAKJ veranstaltet vom 24. – 25. Mai einen Kongreß zum Thema „Fremde Menschen – Deutsches Recht“. Dabei sind bisher folgendeArbeitsgruppen vorgesehen:
Asyl – das langsame Sterben eines Grundrechts / Für einen neuen Verfolgungsbegriff / Probleme von Flüchtlingsfrauen / Soll die BRD ein Einwanderungsland sein? / Kulturelle Diskriminierung durch Recht / Internationales Familienrecht und multikulturelle Gesellschaft / Das neue AusländerInnenrecht ist da – wie gehen wir damit um? / Untersagung politischer Tätigkeit nach dem neuen Ausländergesetz / §129a – Prozeß gegen die kurdische Organisation PKK / Gläserne AusländerInnen im Datennetz / Ist das Ausländer-wahlrecht tot? / Was macht unser Geld in fremden Ländern?
Ausführlichere Informationen im Kongreßbüro, c/o Martina Dieterich, Herbststr. 94, 2800 Bremen, 0421 / 371704.

Vorschlag für eine „Arbeitskonferenz Nahost"

I. Inhalt und Struktur:

1. Koloniale Grenzen und Staatenbildung
2. Der Konflikt Abendland-Morgenland – Krieg der Kulturen (einschließlich Israel und Palästina)
3. Öl und Waffen
4. Emanzipationsbewegungen in der Region
   - Bürgerliche Reformbewegung;
   - nationalistische/panarabische Bewegungen;
   - fundamentalistische/panislamische Bewegungen;
   - Frauenbewegung(en)
5. Perspektiven für die Region

II. TrägerInnen:
Ein Bündnis aus möglicherweise: Radikale Linke, Medico International, Autonome, Feministische Initiativen/Projekte, Internationalistische Inis (z.B. BUKO), PDS?, AK?, Links? und andere.

III. ReferentInnen:
Linke aus möglichst allen Staaten der Region (ist aber auch Kostenfrage) und aus der BRD. Sie müssen sehr gezielt und eng an das Konzept angelehnt ausgewählt werden.

IV. Ort/Zeit:
Ort: Frankfurt (zentrale Lage, genug Veranstaltungsräume zur Auswahl)
Dat.: 28./29.September 1991

V. Weiteres Vorgehen:
Falls die Radikale Linke dieses Projekt will, müßte sich ein Arbeitskreis bilden, der
a.) das Konzept weiterentwickelt;
b.) die ReferentInnen aussucht;
c.) das Bündnis schmiedet;
d.) einen Finanzierungsplan und
e.) ein Konzept für die Öffentlichkeit erstellt.

Jutta Ditfurth

Die erste

Flugschrift der Radikalen Linken

Die Flugschrift ist, wenn auch schon im März erschienen, immer noch interessant für Leute in und außerhalb der RL.

Lokale Grup pen und Einzelpersonen können die Flugschrift bestellen und so für eine Weiterverbreitung sorgen.

Thema:

Der Golfkrieg

Inhalt:

- Imperialistischer Krieg - neue Weltordnung - innerimperialistische Widersprüche - Öl - Rohstoffe und Weltmarkt - Kritik des Irak - arabische Staaten - Rolle Israels - Konflikt um Palästina - Deutschland auf dem Sprung nach ganz oben - die Auseinandersetzung mit "linken" Kriegsbefürwortern und neuen Patrioten - Kritik der allzudeutschen Teile der Friedensbewegung.

(Dies wird von der Flugschriften-Redaktion gemeinsam erarbeitet).

Dazu evtl. einzelne Einschätzungsbeiträge von Georg Fülberth, RadikalökologInnen sowie ein Beitrag von Winfried Wolf über deutsches Giftgas.

Wegen der Wichtigkeit des Themas und des Umfangs unserer gesammelten Gedanken hat diese Flugschrift den Umfang einer Flugbroschüre (ca. 40 Seiten).

Bitte bestellt unter der Kontaktadresse (RL, Postlager Nr. 59 387, 2000 Hamburg 50).

Offener Brief an H.L.Gremliza: Links blinken, rechts abbiegen

(zu Konkret 3/91:„Richtig falsch" von Gremliza)

Hermann L. Gremlizas Pöbeleien gegen Biermann und parteispendende Waffenhändler sowie christliche Politiker erfüllt nur eine Zweck: Zu vernebeln, daß er im Prinzip, in der Sache, um die es geht, mit diesen einer Meinung ist. Seine Kritik an der Friedensbewegung und den weitverbreiteten Illusionen über eine ominöse „Völkergemeinschaft" und das „Völkerrecht" haben nur den Sinn, linke Signale im Dienst einer rechten Politik auszusenden, deren einzige Sorge es ist, daß der Imperialismus nicht maßlos genug ist. Seine Kritik an den deutschen Konzernen ist völlig verlogen, – er ahnt es wohl selber, denn was sollte sonst das Lamentieren darüber, mit CSU-Faschisten in einer Front zu stehen, wenn es darum geht, festzustellen, „was jetzt das unvermeidlich Richtige sei". Bekanntlich ist es eine Spezialität der SPD, rechte Politik mit „linken" Argumenten zu rechtfertigen. Daß dem Ex-SPDler Gremliza aber Sätze wie „Daß viele Menschen sterben müssen, damit andere leben können" und „daß also das Schreckliche, das jetzt geschieht, das jetzt Richtige ist" so locker aus der Feder fließen, hängt wohl eher mit der jahrelang in der Konkret praktizierten Gleichgültigkeit gegenüber den Menschen in denabgefeierten „antiimperialistischen Regimen" zusammen: Gaddafis Libyen und Saddam Husseins Irak hatten in Konkret jahrelang eine gute Presse. Selbst ein Bericht über die herrlichen Zustände in Khomeinis Gefängnissen fehlte nicht.

Aus der gleichen Gleichgültigkeit gegenüber den realen Verhältnissen heraus, soll nun der Imperialismus dafür sorgen, daß „das Richtige aber, das hier hoffentlich getan wird, ..." wirklich getan wird.

Israel muß einmal mehr als Argument herhalten, um den Burgfrieden mit den Herrschenden des neuen deutschen Reiches, das derselbe Gremliza noch vor kurzem als den größten anzunehmenden Unfall bezeichnete, zu schließen. Wer Israel letzlich als eine Volksgemeinschaft ansieht und nicht als eine von unterschiedlichen Interessen zerrissene Gesellschaft in einem Staat, der sich verhält, wie jeder andere Staat, der sagt auch ja zur deutschen Volksgemeinschaft. Wer sich wie Gremliza nicht den Forderungen eines FAZ-Kommentators entziehen kann – „Es ist unehrlich, mit tremolierender Stimme Celans Todesfuge zu zitieren – „Der Tod ist ein Meister aus Deutschland"-, sich aus dem Krieg gegen Saddam und seine todbringenden Rakenten aber heraushalten zu wollen"-, der wird sich auch dessen Wunschträumen nicht verschließen können: „Man stelle sich vor, der Sprecher der Bundesregierung hätte am Morgen nach dem ersten Raketenangriff des Irak auf Israel mitgeteilt, daß deutsche Tornado-Kampfflugzeuge dabei seien, die mit Hilfe deutscher Firmen errichteten Giftgasfabriken Saddam Husseins zu bombardieren." Gremlizas Verweis auf die „Insassen von Schutzräumen" in Israel ist übelste Demagogie: Die Angst der Menschen in Israel wird dazu benutzt, uns und ihnen das Streben nach einer Alternative dazu, ihr Schicksal in die Hände ihrer herrschenden Politiker zu legen, zu verbieten. Für letztere ist dieser Krieg ein „Krieg de luxe" (Jitzchak Rabin), sie nehmen die aketen auf Israel für ihre expansionistische Politik wie auch zur Herstellung eines nationalen Konsens gerne in Kauf, sie waren von Anfang an für den Krieg, der ihre eigene Bevölkerung in Gefahr brachte.

Streng sozialdemokratisch argumentiert Herr Gremliza, daß in Israel Antikriegspolitik und Opposition ein Luxus sei, dem man sich in Friedenszeiten leisten könne, im Krieg hingegen hat man sich einem Ministerpräsidenten unterzuordnen, der noch 1941 den Nazis ein Angebot zur umfassenden Zusammenarbeit machte und für den der Antisemitismus in der UdSSR ein Geschenk Gottes ist. Wir empfehlen H.L.Gremliza, sich die Zeilen des KONKRET-Autors W.Port, der die besten Kommentare zum Krieg in der BILD fand, durch den Kopf gehen zu lassen und sein Wirkungsfeld in Zukunft dorthin zu verlegen.

Radikale Linke Bielefeld

– ANMELDUNG –

11. BUNDESKONGRESS der ImmigrantInnen- und Flüchtlingsbewegung

3.-5.5.91

im 'CHIP',
Reichenbergerstr44/45, 1/36

Programm:

Freitag, 3.5.

bis 18.00 Anreise und Abendessen.
19.00 Begrüßung und allgemeine Info.
Solidaritätsgrüße aus anderen europäischen Ländern
19.30 - 22.00 Berichte aus den Bundesländern (mit kurzen Ergänzungen von Teilnehmer aus dem jeweiligen Bundesland)

Samstag, 4.5.

9.00 Frühstück
10.00 - 13.00 AGs
13.00 - 14.00 Mittagessen
14.00 - 18.00 AGs
ab 20.00 Abendessen und Kulturprogramm

Sonntag, 5.5.

9.00 Frühstück
10.00 - 13.00 AG Ergebnisberichte und Diskussion
13.00 letzte Mahlzeit und Abreise

Anmeldung
zum11.Bundeskongreß

Vorname: .....
Name: .....
Adresse: .....
.....
Telefon: .....

Hiermit melde ich/wir ..... Person/en zur Teilnahme am Kongreß an.
– Ich/Wir benötigen Übersetzung auf .....
– Ich/Wir benötigen ..... Schlafplätze. (Bitte Schlafsäcke mitbringen)
– Kinderbetreuung ist erforderlich für ..... Kinder von ..... Jahren.
– Flüchtlinge bekommen Fahrtkostenzuschuß (Finanzierung noch nicht gesichert, bitte bestätigen lassen !)
Anmeldung bitte wegen der Schlafplätze frühestmöglich schicken (spätestens bis zum 26!9!)
Anmeldung an:
Immigrantenpolitisches Forum (IPF)
Oranienstr 159
1000 Berlin 61
Tel: (o30) 614 50 98

Bitte gebt die Informationen an andere interessierte weiter!

Radikale Linke – Wie weiter?

Die radikale Linke (RL) hatte zum Anti-Kriegsrat in Köln aufgerufen. Am 23./24. März sollte über den Golfkrieg und über die internen Strukturen der RL diskutiert werden. Nur etwa 60 bis 70 Leute fanden sich am ersten Tag ein, weniger, als selbst Pessimisten befürchtet hatten.

Die streckenweise etwas langatmige Diskussion wurde munterer, als es um die Rolle des BRD-Imperialismus im Golfkrieg ging. Und hier war ich doch überrascht, wie umstritten die aktive Rolle des BRD-Imperialismus im Krieg bei nicht wenigen Anwesenden war. Von einzelnen wurde der BRD-Imperialismus als Verlierer gegenüber den anderen imperialistischen Staaten betrachtet. Die Position, daß es Deutschland hervorragend gelungen sei, den Golfkrieg zu nutzen, um einen großen Schritt vorwärts in Richtung militärischer Großmacht zu kommen und beim nächsten Krieg eine noch aktivere Rolle wahrnehmen zu können, brach sich nur mühsam Bahn.

Kids — ihr seid großartig!

Ein zweite interessante Debatte kreiste um die Einschätzung der Friedens- oder Anti-Kriegsbewegung. Dabei erwies es sich als ein Problem in der Diskussion, daß anwesende AktivistInnen dieser Bewegung, darunter auch einige jüngere, eher praxisorientiert diskutieren, einige andere dagegen, eher aus dem „Stamm" der RL, sich den „Luxus" einer tiefergehenden Einschätzung leisten wollten. Inhaltlich entbrannte die Diskussion an der Kritik der deutschen Friedensbewegung in der Flugschrift der RL, die dort als vorwiegend nationalistisch und deren Motivation überwiegend aus Furcht vor Nachteilen durch diesen Krieg dargestellt wurde. Eine Reihe der Anwesenden hielt diese Einschätzung für überzogen und zu pauschal und betonte, daß sie und ihre MitstreiterInnen ganz andere Motive und Inhalte gehabt hätten, als die in der Flugschrift dargelegten. Die wesentliche Schwäche sei gewesen, daß die radikale Linke viel zu wenig in dieses Potential hineingearbeitet habe. Andere Anwesende, darunter der Hauptautor des umstrittenen Artikels, Thomas Ebermann, verteidigten dessen Einschätzung, denn ihrer Meinung nach stimme diese für den größten Teil der Bewegung und sei ihr bestimmender Faktor. Daß diese Bewegung nicht im mindesten antiimperialistisch sei, wäre schon daran zu sehen, daß sie kurz nach Kriegsbeginn nach der ersten ernsthaften Medienkampagne zusammengeklappt ist. Wenn all den Kids, wie früher den Proleten, unter Verweis auf ihre Masse nur Verständnis nach dem Motto: Ihr seid großartig! entgegengebracht werde und somit die Bewegung liebkost anstatt kritisiert werde, sei dies das direkte Gegenteil von „Kraft der Negation". Einig war mensch sich darin, daß die Intervention der RL mit der Flugschrift zu spät gekommen sei.

Eindeutigkeit kontra Pluralität

Der 2. Tag (30 TeilnehmerInnen) war der naheliegenden Frage gewidmet, ob und wie die RL weitermachen soll. Der Koordinationsausschuß hatte sich im Februar aufgelöst, das Spektrum der RL weiter verengt. Andererseits gibt es nach wie vor zahlreiche Gruppen und Zusammenhänge, die sich auf die RL beziehen; es gibt den RL-Rundbrief und dessen Redaktion, es gibt eine Art Büro, es gibt die aktuelle Flugschrift und es gibt eine große Adreßkartei interessierter Linker. Aber gibt es noch das Interesse der verschiedenen Beteiligten, sich aufeinander zu beziehen? Verschiedene Fragen und Probleme wurden andiskutiert, konnten allerdings wegen der geringen TeilnehmerInnenzahl kein Gesamtbild ergeben. Einige Aspekte der Debatte seien kurz angerissen: Wie geht die RL mit Minderheitenpositionen um? Voreilige Ausgrenzungen sind nicht sinnvoll, da die Linke noch sehr viele unausdiskutierte Probleme hat, sich an verschiedenen Fragen verschiedene Brüche ergeben, als zuverlässig geglaubte Verbündete wegfallen und sich anderen ergeben. Das Festhalten am Anspruch einer neuen politischen Kultur wurde eingefordert. Thomas Ebermann konstatierte für sich, daß die RL nur weiterexistieren könne, wenn sie so wird, wie er sie nicht will. Er wollte sie als deutlich ausgewiesene Strömung der Linken mit der *Kraft der Negation* als inhaltlichem Kern. Die RL sei jetzt aber eher ein *pluraler Haufen*, der innerlinke Diskussionsratschläge veranstaltet und eine gewisse Unverbindlichkeit pflegt. Damit müsse er sich übergangsweise wohl abfinden, wobei der Streit um die Grenzen eines Pluralismus auch in Zukunft Verwerfungen erzeugen werde. Andere, wie Jutta Ditfurth, erklärten, daß die RL auch in ihrer bestehenden Breite eine ausgewiesene politische Strömung sei, die Unterschiedlichkeiten müsse mensch akzeptieren und aushalten lernen, es gäbe trotzdem genügend gemeinsame Interventionsfähigkeit.

Angesichts der geringen Beteiligung wurden keine Beschlüsse außer dem einer neue Konferenz gefaßt.

Die geringe TeilnehmerInnenzahl ließ sich z.T. damit erklären, daß seit Kriegsende das Interesse an dem Thema erheblich gesunken ist. Zudem war der Zeitpunkt denkbar ungünstig (Osterferien) und der Termin weder gut angekündigt noch vorbereitet. Aber das ist eben nur ein Teil der Erklärung. Weist die geringe Beteiligung nicht auch auf eine abnehmende Attraktivität der RL hin, deren Stärke ja gerade darin lag, interessante Foren für Debatten zu organisieren? Sich darüber Klarheit zu verschaffen, halte ich für unbedingt erforderlich.

Nicht nur mir drängte sich der Eindruck auf, daß von der Anlage des Treffens her möglichst Kontroversen vermieden werden sollten. Wenn dies wirklich die Absicht gewesen ist, dann ist dies auf jeden Fall der falsche Weg, der RL eine längere Existenzberechtigung zu verleihen. Denn nur im Austragen der bestehenden Differenzen kann auf Dauer eine sinnvolle Zusammenarbeit entwickelt werden.

Erstaunlich war, wie auf dem Treffen mit *der* Problematik der Linken während des Golfkrieges umgegangen wurde: die linke Kriegsbefürwortung und die Verteidigung Israels angesichts der Raketenangriffe aus dem Irak. Diese sehr komplexe Problematik hatte auf dem Treffen praktisch keinen Raum. Einig waren sich alle Anwesenden in der entschiedenen Ablehnung jeglicher Kriegsbeteiligung. Menschen aus den Zusammenhängen und dem Umfeld der RL, die während des Golfkrieges ein stärkeres Gewicht auf die Frage der Verteidigung des Staates Israel und des Verhältnisses der deutschen Linken zu Israel gelegt hatten, waren bedauerlicherweise nicht anwesend. Niemand sollte so tun, als seien diese in den Kriegswochen aufgebrochenen Fragen nicht z.T. auch unsere Fragen. Daß nicht wenige Progressive in diesem Krieg die Seite gewechselt haben, verweist auch auf schwere Versäumnisse der Linken nicht erst seit gestern. Hier wurde eine Möglichkeit vertan, ein Zeichen zu geben, daß die RL bereit ist, genau diese Versäumnisse nicht weiterzuführen.

Auf tiefergehende politische Differenzen weist m.M.n. hin, daß ein Teilnehmer die Anti-Deutschland-Orientierung der RL als Ursache dafür benannte, daß seiner Meinung nach auch Menschen, die sich zur RL rechnen oder sich mal auf sie bezogen haben, ins Lager der Kriegsbefürworter abgedriftet seien. Nicht zu viel, sondern eher zu wenig und auch eine gelegentlich zu wenig ausgewiesene Anti-Deutschland-Orientierung dürfte jedoch eher die Ursache für die Einbrüche in der Linken sein.

Bernd Schulz

Anzeigentext

Kriegsende. Vorkriegszeit.

„Flugschrift" der Radikalen Linken zum Krieg am Golf:

* New World Order = Imperialistischer Krieg
* Deutschland zu kurz gekommen? Nach der Reichsgründung die Kriegsfähigkeit erlangt
* Israel und die deutsche Linke: aus Solidarität für Krieg?
* „Wehrhafte Zivilität gegen arabische Nation" — das linke Coming out für den Krieg
* Internationalismus und Befreiung im Zeichen der One World — aussichtslos?
* Kritik der Friedensbewegung: „Die Welt ein Schlachthaus — brennt Kerzen ab!"

März 1991, DM 4

Bestellungen: Radikale Linke, Postlagernummer 59387, 2 Hamburg 50
(Ab 5 Exemplare portofrei. Einzelbestellungen plus Porto:
bis 2 Exemplare DM 1,80; bis 4 Exemplare DM 2,40)

Abschied von zu großen Hoffnungen

Radikale Linke tagte zu Golfkrieg und internen Strukturen

Etwa sechzig Leute fanden den Weg nach Köln zum Anti-Kriegs-Rat der Radikalen Linken am 23./24.März. Diese TeilnehmerInnenzahl lag am unteren Rand dessen, was von der Vorbereitungsgruppe eingeschätzt wurde. Immerhin waren so die Räumlichkeiten ausreichend und angenehm zu tagen.

Wegen der geringen TeilnehmerInnenzahl wurde auch das ursprüngliche Konzept von Arbeitsgruppen entlang verschiedener Themen — geplant war: 1) Imperialismus, was ist neu an der „neuen Weltordnung", was sind Ziele und Interessen der BRD? 2) Die „arabische Frage", wie gehen wir damit um, daß hier der Feind der USA nicht unser Freund sein kann? 3) Die „deutsch-jüdische Frage" und Israel. 4) Die linken Kriegsunterstützer. 5) Einschätzung der Friedensbewegung — zugunsten eines durchgängigen Plenums aufgegeben, ohne daß ein Zeitrahmen für die einzelnen Themen' überlegt wurde. So bissen wir uns mehrere Stunden am ersten Block fest. Unmöglich, in der notwendigen Kürze die Diskussion widerzuspiegeln, nur ein Aspekt sei herausgegriffen: Deutschland gelang es hervorragend den Golfkrieg zu nützten, um einen großen Schritt vorwärts in Richtung auch militärischer Großmacht zu tun. Das vorgeschobene Verlangen anderer Staaten nach militärischer Beteiligung Deutschlands war dabei reine Propagandalüge. Tatsächlich wurden diesbetreffende deutsche Offerten (60 Tornado-Bomber in die Türkei, Entsendung einer Flotte in die Golf-Region) von den anderen NATO-Staaten abgewiesen.

Die Debatte blieb wenig konkret, oft blieb unklar, ob, und wenn ja, welche Konsequenzen sich aus den verschiedenen Einschätzungen ergeben, so daß einige AktivistInnen aus der Anti-Kriegs-Bewegung ziemlich unzufrieden waren. Bezeichnenderweise wurde die Bewegung von diesen als Anti-Kriegs-, von den meisten Radikalen Linken als Friedens-Bewegung bezeichnet. Die eingeforderte Diskussion über die Anti-Kriegs-Bewegung brachte sehr unterschiedliche Einschätzungen zutage, vor allem, was die Motive der Bewegten betraf: nur neurotische Angst und Eigennutz, oder Solidarisierung mit den Opfern, SPD- und PDS-geleitete Ökopaxlinge oder gute Chancen für die Entwicklung antiimperialistischen Bewußtseins. Sicher muß diese Bewegung in ihrer Differenziertheit betrachtet werden. Zwei Zwischenrufe charakterisieren die Exponenten der Diskussion: „Aber da waren viele Leute!" Darauf: „Am Bahnhof sind auch viele Leute". Kritisiert wurde einerseits eine „volkstümelnde Anhimmelung der Massen" („hier wird Kids gesagt, wo früher Arbeiter gesagt wurde") andererseits ein oberlehrerhaftes Zeigefingerheben von außen.

Der Sonntag war der Frage gewidmet, ob und wie die Radikale Linke weitermachen soll. Im Koordinationsausschuß hatte es Anfang Februar — sich schon länger anbahnend — großen Streit gegeben, der zu dessen Auflösung geführt hatte.

Diskussionen gingen darum, wie mit Minderheitenpositionen in der RL umgegangen werden kann, diese sollen nach außen deutlich ausgewiesen werden, es muß eine Transparenz geben. Vorschnelle Ausgrenzungen sind nicht sinnvoll, da die Linke noch sehr viele unausdiskutierte Probleme offen hat, sich an verschiedenen Fragen jeweils verschiedene Brüche ergeben, als zuverlässig geglaubte Verbündete wegfallen, sich andere ergeben. Vorschnell „Knackpunkte" aufzustellen, an denen sich ablesen lassen soll, wer „dazu gehört" und wer nicht, ist der heutigen Situation nicht entsprechend. Zur innerradikallinken Streitkultur wurde gesagt, hinter der Anpisserei stünden verschiedene strategische Vorstellungen, die diskutiert werden müßten. Und die Aufforderung „seid nett zueinander!" nützte nichts, es sei logisch im politischen Alltag, daß untereinander um Hegemonie gekämpft werde. Allerdings stelle sich die Frage der Methoden und das Festhalten am Anspruch einer neuen politschen Kultur.

Schließlich sei Ebermann nochmal zitiert: „Die Radikale Linke kann nur weiterexistieren, wenn sie so wird, wie ich sie nicht wollte." Er wollte sie als deutlich ausgewiesene Fraktion oder Strömung der Linken, wobei die Zugehörigkeit dazu alte (Organisations-)Bindungen sekundär machen sollte. Die zweite Vorstellung von Radikaler Linken, die nicht die seine war, war ein „pluraler Haufen", der innerlinke Diskussionsratschläge veranstaltet. Seine Option entspräche leider nicht den heutigen Möglichkeiten, bis dies wieder in Aussicht steht, müsse die RL ihre Pluralität akzeptieren und entsprechende Strukturen schaffen. Dem wurde weitgehend zugestimmt, bliebe die Frage (Manfred Zieran) wie sich ein nicht-pluraler Zusammenhang entwickeln kann, ob wir dafür die richtigen Methoden haben. Es müßten Grenzen für die Zusammenarbeit festgelegt werden („kein prinzipienloser Pluralismus") entlang des alten Grundlagenpapiers der RL. Minderheiten innerhalb dessen dürfen nicht einfach niedergestimmt werden, dies wäre ein Rückfall in parlamentarische Methoden. Jutta Ditfurth meinte, die RL sei auch in ihrer bestehenden Breite eine ausgewiesene politische Strömung, die Unterschiedlichkeiten müsse man akzeptieren und auszuhalten lernen, es gäbe trotzdem genügend Interventionsfähigkeit.

Wegen der geringen Repräsentanz des Treffens wurde ein nächstes vereinbart und alle Beschlüsse auf dahin vertagt. Bevorzugter Termin (wenn machbar) ist der 4./5.Mai. Themen werden sein: der Vorschlag einer linken Nahost-Konferenz; der Vorschlag einer Konferenz um den 4.Oktober zur Bilanzierung: ein Jahr Deutschland; Klärung der Konflikte, neue Strukturen (hoffentlich!) oder Begräbnis (schluchz!) der Radikalen Linken und natürlich die schlechte Finanzlage. Termin gleich vormerken, hohe Beteiligung ist gefragt!

Angelika Prömm

BUKO 15

Der 15. Bundeskongreß entwicklungspolischer Aktionsgruppen
zum Thema

Mission Macht Märkte

1492 — 1992

Europa in der Welt

findet statt
vom 9.5. — 12.5.1991 in Köln

Information und Anmeldung:
BUKO, Nernstweg 32-34
2000 Hamburg 50, Tel. 040/393156

Radikale Linke: Perspektive(n) in der Krise?

Publizistische Aktivitäten und der Antikriegsrat

Seit dem Streit um die Orientierung »Keine Stimme für Deutschland«, also zum Wahlboykott der Reichstagswahlen, ist es noch stiller geworden um den westdeutschen Zusammenhang »Radikale Linke«. Ein Promi-Club, hauptsächlich aus Hamburger Ex-Grünen Ökosozialisten und Frankfurter Grünen RadikalökologInnen bestehend, hat die seit November 1990 projektierte »Flugschrift« zum Golfkrieg herausgebracht.

Um das Positive vorweg zu erwähnen: Das Layout der ersten Flugschrift der Radikalen Linken (RL) besticht durch eine Großzügigkeit, die nicht überzogen wirkt. Große, für den Zeitungsdruck gut reproduzierte Fotos, ausreichende Weißflächen und ordentliche, klare Schriften laden zum Lesen ein.

Das ist auch dringend nötig, denn die extremen Überlängen der Artikel werden durch flotte Schreibe und vernichtende Polemiken nur zum Teil wettgemacht.

Kaum eingelöst hingegen wird die Absicht des Unternehmens Radikale Linke (RL), Vielfalt in der Diskussion walten zu lassen und sich ihre strategische Ratlosigkeit einzugestehen. Es scheint fast, als würde das selbsternannte Zentralkomitee der RL festschreiben wollen, was zu den Themen Imperialistischer Krieg, Israel, Deutschland auf dem Weg zur Kriegsfähigkeit etc. Position ist. Die namentlich nicht gekennzeichneten Beiträge unterschiedlicher AutorInnen haben Grundsatzcharakter und erstrecken sich jeweils über drei bis sechs Seiten im Din-A3-Format.

Nirgendwo erfahren wir etwas über die wochenlangen Auseinandersetzungen bis nah an den Rand der Spaltung innerhalb der Flugschriften-Redaktion und des RL-Koordinationskreises. Nicht einmal in der Null-Nummer des Ende Februar erschienenen, ersten erweiterten Rundbriefes in Broschürenform wird Näheres darüber geschrieben, warum zum Beispiel ein Karl-Heinz Roth »am 04.02.91 aus der RL ausgetreten« sei, wie es dort lapidar heißt.

So wird über Ideologiekritik der suggerierten dissidenten Teile innerhalb der RL hinaus, Stichwort *konkret* und Hermann L. Gremliza, nur ein Beitrag gedruckt, der den einzig wirklichen Konsens der Linken, nämlich die Orientierung gegen den angeblichen Hauptgegner und Kriegstreiber US-Imperialismus, durch eine Fülle von Fakten hinterfragt – wenn auch nicht explizit. Dieser Artikel Winfried Wolfs, der der Flugschrift-Initiator, Mitglied dieser vorläufig gewählten Redaktionsgruppe und Chefredakteur der *Sozialistischen Zeitung* ist, erschien dort bereits im Dezember letzten Jahres. Er umschreibt eine der militärischen und außenpolitischen Optionen des deutschen Imperialismus im Zusammenhang mit Irak, Libyen und Pakistan.

Seine Kernthese lautet, die Verfügungsgewalt über Massenvernichtungswaffen als »ein fehlendes – letztes – Kettenglied zur Erlangung der 'nationalen Souveränität'« des deutschen Imperialismus – ich füge hinzu: oder seiner aggressivsten Fraktionen – realisiere sich eben auch über den Umweg Irak. Dabei kommt er nicht gerade in Beweisnot, die nachgezeichneten historischen Parallelen sind frappierend. Und die Giftgas-Connection spielt fast eine untergeordnete Rolle.

Der bundesdeutsche Militärisch-Industrielle-Komplex, bestehend aus zum Teil staatlichen Großkonzernen, dem Bundesnachrichtendienst (BND), der Bundesregierung und der Bundeswehr, ist mit der Entwicklung von Mittelstreckenraketen und anderen militärischen Projekten, Ausbildung und staatlich garantierten Hermes-Bürgschaften im Irak voll involviert. Der Kommunistische Bund (KB) Frankfurt hat in diesem Zusammenhang den treffenden Begriff des »Irak-Gate« der Bundesregierung geprägt und vertritt die Auffassung, diese Ko-Operationen dürften nicht als die übliche Geschäftemacherei verharmlost werden.

So gesehen ist es verkürzend, »das imperialistische Lager« in den Vordergrund zu stellen, das sich in diesem Krieg die neokolonialistischen Feldzüge gegen die dämonisierten Armenhäuser dieser Welt vorbehält. Sondern es geht um die eskalierenden Kämpfe zwischen den nach wie vor in Blöcken existierenden, weitergehend national verfaßten Imperialismen der USA, Westeuropas und Japans, deren gegensätzliche Interessen sich insbesondere seit dem Wegfall des Realen Sozialismus als Dämmfaktor verschärft entfalten dürften.

Der Feind, der primär bekämpft werden muß, steht im eigenen Land. Der Fingerzeig auf den US-Imperialismus ist moralisch ganz integer, verschleiert aber die politischen Aufgaben einer Radikalen Linken. Dies herauszuarbeiten ist nicht nur ein Defizit dieser Flugschrift, sondern ein zentrales Manko der deutschen Linken, historisch gesehen und aktuell.

octan

nhz
Neue Hanauer Zeitung

Verlag und Herausgeber: Verlag am Freiheitsplatz, Dieter Dausien u. Partner, Am Freiheitsplatz 6, 6450 Hanau 1, Tel. 0 61 81/ 2 81 80.

Abonnements: 24 DM (8 Ausgaben); Förderabonnement: 36 DM.

Das Abonnement kann jederzeit schriftlich gekündigt werden. Es verlängert sich nach Ablauf automatisch um ein Jahr. Eine Rechnung wird dann zugeschickt.

Kriegstreiber ... und Kriegsunterstützer

Die Schüsse von Serajewo waren der Auslöser, aber nicht die Ursache vom I. Weltkrieg. Der war längst vorher geplant und die Kriegsparteien warteten nur auf einen günstigen Moment zum Losschlagen. Auch die US-Agression war von langer Hand geplant. Saddam gab den Anlaß, den Vorwand, allerdings einen sehr willkommenen.

1982 schrieben wir in der Friedensbewegung zum Golf: **„Wollen nicht gerade die USA wieder die volle Kontrolle über die Golf-Region erlangen, um so die ökonomischen Verschiebungen zugunsten ihrer Hauptkonkurrenten, Japan und die EG, zu bremsen oder gar rückgängig zu machen? Welche Supermacht rüstet denn in der Golf-Region auf, schickt ihre Kriegsflotte dorthin, läßt Awacs in Saudi-Arabien und Ägypten stationieren und sorgt für abenteuerliche Provokationen vor der lybischen Küste? Welche Supermacht hat denn die größte mobile Eingreiftruppe aufstellen lassen? Auch der Einmarsch der SU in Afghanistan kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß tatsächlich die Supermacht USA die treibende Kraft eines gewaltsamen Konflikts in der Golf-Region ist."** (M. Massarat). Was heut der Bösewicht Saddam, war in den 80er Jahren die SU: **„Heute hätte die SU, wenn sie erst den Golf beherrschte, das Wirtschaftsleben Europas in der Hand"**, wie aus Foreign Affairs 1980 verlautet.

Seit je gilt die Golf-Region als für die USA lebenswichtige Region, die Beeinträchtigung der Ölinteressen als Kriegsgrund. Nur, weder der Irak noch sonstwer hat mit der Schließung des Ölhahns gedroht, geschweige denn ihn zugedreht.

Ohne die massive Rüstungshilfe an Amerikas Lieblinge wie Saudi-Arabien, Ägypten, Israel und die Türkei, ohne Truppenstützpunkte, ohne Verträge zur Unterstützung im Kriegsfall hätte die USA 10000 km von der Heimat innerhalb von einem halben Jahr den größten Truppenaufmarsch seit dem II. Weltkrieg gar nicht bewerkstelligen können. Das ist alles von langer Hand geplant und ein Anlaß zum Losschlagen findet sich immer.

Wird nicht auch deutsches Öl am Golf verteidigt?

Der Krieg am Golf wär ohne die Aufmarschbasis und Drehscheibe BRD nicht möglich. Da ist Bündnistreue gefordert. Schließlich haben wir ja das großdeutsche Reich niemand anders als der 40jährigen NATO-Blockade und Erpressung der SU zu verdanken. Von den hier 250000 stationierten GIs wurden 100000 in den Golf verlegt. Von der Air-base Startbahn West starteten pausenlos die Galaxis-Transportflugzeuge in Richtung Front, von Bremerhaven erfolgte die Verschiffung von Kriegsmaterial. Das ist der Beitrag der BRD zum „Frieden". Man macht sich selber dabei die Hände nicht schmutzig.

Die Entspannung führt zu Krieg!

Nach der Landung von US-Mariners 1958 und dann nochmals 1986 im Libanon haben die Amis es nicht mehr gewagt, in Nah-Ost einzumarschieren. Auch den Herzenswunsch der USA nach ständiger Truppenpräsenz konnten selbst die willfährigsten Herrscher nicht erfüllen – und

jetzt sind gleich 500000 Mannen da unten – dank Saddam. Wie war dieses Wunder möglich? Die Sowjetunion – das vorherige Reich des Bösen – ist nicht mehr. Wer ist da noch da, der ernsthaft einem solchen Unternehmen Widerstand entgegensetzen könnte. Außerdem ist die SU so mit sich selbst beschäftigt, als daß sie, nach dem gescheiterten Afghanistan-Debakel, ernsthaft drohen könnte. Wir sehen: das Aus der SU bringt uns dem Weltfrieden leider nicht näher! Dann hat der Probelauf der Panama-Invasion im Schatten der Ceaucescu-Hinrichtung prächtig geklappt und, last not least, muß man jetzt in das vielbeschworene Machtvakuum stoßen, denn wer weiß, wie lang der liebe Gorbi noch da ist. Denn wenn der weg ist, dann Gute Nacht! Also kam Saddams brutaler Akt wie gerufen! Aber hat die USA nicht an die altbewährte Erpressermethode geglaubt, die bei der SU so erfolgreich war, Kriegsziele erreicht ohne einen Schuß?. Und warum hat sich Saddam als imperialistisches Ziehkind nicht rumkriegen lassen und ist zu Kreuze gekrochen?

Gorbi hat als Dank für seine Kapitulation all das von seinem Reich abwenden können, was nun der neue Welt-Bösewicht Saddam voll abkriegt. Auch wir von der Friedensbewegung können von Glück sagen, daß sich das in den 80er Jahren beschworene Kriegsszenario nicht auf deutschem Boden abspielt! Enthauptungsschlag, deep strike, Blitzkrieg, elektronische Waffen, das hat alles der SU gegolten und jetzt triffts mit voller Wucht den Irak! Wer hätte das gedacht, daß die Weltdiktatoren so schnell wechseln und austauschbar sind. Wann ist wohl der Kohl dran?

USA

– Die internationale Völkermordzentrale?

Diesen Krieg hat die USA gewollt. Ihr Kriegsziel ist eine neue Weltordnung unter der unverzichtbaren Führung der USA – eine pax americana. Können wir mit einem Kriegsende einverstanden sein, das die westlich-zivilisierte Gangsterbande als Herren der „neuen Weltordnung" hinterläßt? Ist es nicht gerade jetzt nötig, die Niederlage des US-Imperialismus und seiner Bündnispartnern zu fordern?

Räuber gegen Räuber?

Der Krieg ist nicht von beiden Seiten ein Krieg Räuber gegen Räuber. Er ist eindeutig ein Agressionskrieg der USA mit aktiver Beihilfe zum Völkermord von den EG-Staaten und den US-hörigen Statthaltern in der Region. Die US-Aggression steht in direkter Folge zum Korea- und Vietnamkrieg. Er ist ein Kolonialkrieg neuen Typs – da er sich gegen eine von EG-Gnaden aufgerüstete und hochgepeppelte Regionalmacht richtet und nicht wie früher gegen eine "Schutzmacht der Sowjet-Union". Die Az vom 8.2. behauptet zwar: **"Der Krieg ist schon gar kein Kampf der Industriestaaten gegen die dritte Welt."** fordert aber imselben Artikel ganz selbstverständlich die koloniale Ausbeutung und die Rechtfertigung des Kriegs: **"Es ist deshalb ein legitimes Ziel des Westens, 40% der Welterdölvorkommen nicht in die Hände eines unberechenbaren Diktators fallen zu lassen".**

Der Krieg wird für die arabischen Volksmassen – völlig unabhängig von der Person oder der Politik Saddams – zu einer Eigendynamik, die ganze Scheichtümer und sonstige Herrschaften in den Strudel zu ziehen droht. Der Krieg wird zum Kristallisationspunkt für die Unzufriedenheit und Radikalisierung der Massen." Proteste von Bombay bis Buenos Aires zeigen, daß das Regime von Bagdad den Propagandakrieg vorerst nur in den ‚hochindustrialisierten Demokratien' **verloren hat".** (SZ Nr.34) Dabei richtet sich die Welle des Protests immer mehr gegen die eigene Herrschaft, so "gegen die **Wirtschaftslage und das vom Westen gestützte autoritäre Regime Hassans"** (SZ 5.2.) Saddam ist ein Noriega, ein von der USA ausgemachter Bösewicht, aber für viele Araber und nicht nur für sie gilt: **Ich mag das Lied, aber nicht den Sänger.**

Sowjetunion – Immer noch Bedrohung Nr. 1?

Der alte Feind-die SU-ist noch nicht vergessen.

Für den US-Kriegsminister Cheney bleibt die SU **"die Bedrohung Nummer 1"** und" die Entscheidung, wohin sich das Militär bewegen wird, ist noch nicht gefallen. (SZ 4.2.) Die Miltärstrategie und der Enthauptungsschlag hat ja eh vordem der Su gegolten. Die Folterwerkzeuge werden gezeigt. Der Krieg – 2000 km von der sowjetischen Grenze entfernt – soll auch der SU drohen: Nur nicht aufmucken und gegen unseren Wertekodex verstoßen. Wir sind die Oberherren. Ist das nicht Imperialismus pur? Ein Prüfstein für die neue Weltordnung könnte auch das Baltikum werden." Das Selbstbestimmungsrecht eines kleinen Volkes ist durch den Überfall eines mächtigen Nachbarn bedroht. Der Tatbestand des Eingriffs ist gegeben. Wann rettet NATO-Wörner im Namen der freien Welt die Freiheit im Baltikum? Genscher beschwört die "Unumkehrbarkeit der Perestroika": **"die zwar mit gegenwärtig gutem Willen regierte Weltmacht soll auch ihre Fähigkeit einbüßen,** sich mit ihren immer noch vorhandenen interkontinentalen und andern Mitteln der Freiheit in den Weg zu stellen ... Moskau vergreift sich am verbrieften Recht der freien Welt auf seine Auflösung. Der Versuch der Selbstbehauptung heute ist dasselbe wie eine **Veränderung** des erreichten kräfteverhältnisses, eine Störung der Weltordnung ... vergleichbar mit der Krise im nahen Osten, wo ein Krieg fällig war. Die künftige Ordnung der SU bzw. ihrer Reste ist keinesfalls mehr ihre innere Angelegenheit." (MSZ 1/91)

Und hier liegen auch für Genscher **"die Prioritäten deutscher Politik, die nicht verrückt werden dürfen" d.h. für das vereinte Deutschland ist die Stabilität in Europa und im Verhältnis zwischen Ost und West immer noch wichtiger als das Geschehen am Golf. Vornehmlich in diesem Bereich soll Deutschland sein gestiegenes Gewicht in die Waagschale werfen."** (SZ 8.2.) Die Bundeswehr mit ihren 600.000 Mann – bis jetzt ist kein Mann abgerüstet – steht bis an der Oder und der Rüstungsetat ist so hoch wie ehedem – von wegen Entspannung! Krieg wird wieder ein Mittel der Politik, wenn das kriegerische Drohpotential das Kriegsziel nicht ohne Krieg erreicht.

Und die arabischen US-Marionetten in Syrien und Ägypten lassen sich ihre Teilnahme am Krieg was kosten: Entweder Geld und Waffen oder wir laufen zu Saddam über: des Volkes Druck ist gar so groß.

Der Krieg der BRD

Die Klagen über Deutschlands Los sind lang.: "Die Außenpolitik steckt ohne jeden Zweifel in einer argen Klemme. Im Golfkrieg wird die Rolle der Deutschen als die zahlender Zuschauer verstanden." (AZ 8.2.)

Raushalten oder mitmischen

– das ist die Frage! Dabei wird über die aktive Beihilfe der BRD zur Ernährung dieses Kriegs in den Medien – auch in der Friedensbewegung wenig gesprochen. Ohne Drehscheibe BRD, die für den reibungslosen Nachschub an Truppen und Material der US-forces sorgt, hätte es den Krieg so nicht gegeben oder wär mangels Munitionsmangel aus. In diesem Kontext spielen die Bundeswehrsoldaten eine sehr untergeordnete Rolle. Die 70.000 Angriffe wurden in erster Linie von der USA geflogen. Aber zum Gedeihen des Kriegs trägt die BRD neben der Finanzierung besonders als propagandistischer und moralischer treuer Bündnispartner bei. Die Klemme, in der die BRD steckt ist klar. Das ist nicht ihr Krieg, wenn sie auch nichts getan hat, um ihn zu verhindern. Wenn er aber schon da ist, müssen wir uns dazu verhalten. Wenn die Amis ein zweites Vietnam erleiden, können sich die BRD-Bündnisfreunde nur die Hände reiben. Sie fahren die Ernte ein. Genscher als Unterhändler von Waffen und Kapital ist schon unterwegs.

Wird aber die neue Weltfriedensordnug eine neue "pax americana" ohne Mitsprache der BRD und der 12 EG-Apostel, dann hat sich der Krieg nicht gelohnt. Also muß man schon von Anfang an dabei sein. Flagge zeigen, die Franzosen weiter sich reinziehen lassen, moralische Bedenken von wegen 2. Weltkrieg äußern, die Israelkarte vollausspielen: ein teuflisches Meisterwerk imperialistischer Intrigen und Raublust. Man darf auf keinen Fall dem lieben Bündnispartner USA das Feld alleine lassen. Die Neuaufteilung der Welt geht auch im Bündnis nicht friedlich vonstatten. So klagt man in der EG: **"daß der Golfkrieg einige Schatten der Vergangenheit wieder heraufbeschwört – die militärische und politische Dominanz der USA und die special relationship zwischen Washington und London ... London fürchtet, daß die von Bonn und Paris betriebene Sicherheits- und Verteidigungspolitik die Gemeinschaft von der USA trennen könnte.** (SZ 7.2.91 D. Schröder) Im Klartext: Die USA und vor allem Groß-Britannien fürchtet die Vorherrschaft des neuen Deutschland in Europa, eine aktivierte WEU, **"als Instrument einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik"** (a.a.O). Da erhofft sich das große Britannien an der Seite der USA in der Eg mehr rausschinden zu können. Da lamentiert D. Schröder, **"daß die EG in dieser Krise keine Rolle gespielt hat und daß die Entscheidungen bei der UNO und in Washington fielen."** Delors, der jetzige EG Präsident behauptet gar: **"Der Golfkrieg hat die 12 in die Enge gedrängt. Er hätte auch einem Embargo den Vorzug gegeben. Er hebt hervor, daß die ganze Welt auf die EG schaut, der Rest der Welt die Gemeinschaft nicht einfach nur als Handelspartner, einen Wirtschaftsriesen sieht, sondern auch als politische Macht, die ihre Verantwortung einnehmen muß.** (SZa.a.O.) Der Rücktritt des französischen Verteidigungsministers Chevenement steht auch für weniger Engagement an der Seite der USA:" **Die Logik dieses Krieges entfernt Frankreich mit jedem Tag mehr von den ursprünglichen Zielen der Vereinten Nationen."**

Warum hat die EG den Krieg nicht verhindert wenn es nicht der ihre ist?

Wenn der Krieg ein US-Krieg ist und die USA in der Golfregion auch gegen über der EG ihre Vormacht wieder erlangen will und die EG diesen Krieg nicht gewollt hat, warum hat sie ihn dann nicht verhindert? Denn ohne EG kein UNO Mandat und keine Beihilfe der SU. Das neue Deutschland ist mit dem Riesenbrocken DDR vollbeschäftigt. Seine strategischen Interessen liegen sowieso im Osten und dessen Neuordnung im Sinne einer ‚pax germanica'. Ein direkter offener Konflikt mit der USA wär kräftemäßig zu Zeit nur schwer zu schaffen. Ein Ausscheren aus der Völkergemeinschaft gegen die USA hätte den Argwohn vor einem zu großen Deutschland geschürt. Gerade die Atlantiker Groß-Britannien, aber auch Holland versprechen sich ja gerade durch ihr Dranhängen an die USA ihre schwache Rolle in der EG aufzupolieren. Der entscheidende Grund ist aber: die EG ist politisch, aber vor allem militärisch nicht soweit. Die WEU ist noch nicht handlungsfähig und mit der NATO hat man immer noch die USA vor der Nase. Für die Bundeswehr muß esja gerade als Demütigung empfuneden worden sein, daß sie ihre Rolands nicht selber, sondern nur mit Hilfe der US-Galaxy transportieren konnten. Andererseits gibt es sowohl in Frankreich, wie in Italien und in der BRD verfassungsmäßige Hemmnisse für einen Kriegseintritt außerhalb der NATO. Insofern nützt die BRD die Gunst der Stunde sich für den Fall – Kriege sind wieder machbar – innen- und außenpolitisch zu rüsten.

Die SZ vom 19.2.dazu: **"Die EG empfiehlt sich für die ‚Nach-kriegszeit"... Die zwölf entwerfen zur Zeit einen Vertrag über den Ausbau ihrer Gemeinschaft zu einer politischen Union. Dabei sind sie auf die ‚Gretchenfrage gestoßen, wie sie es denn mit einer gemeinsamen Außen-und Sicherheitspolitik hielten. Ihre ‚Vorkriegserfahrungen, waren entmutigend. Doch jetzt bietet sich am Golf und im östlichen Mittelmeer ein vorzüglicher Trainingskurs. Wenn**

die EG ihn nicht bewältigt, wird sie bis auf weiteres keine Gelegenheit zum Üben mehr erhalten." Und dann gibt es schließlich auch gemeinsame Interessen gegenüber der 3. Welt – die Gemeinsamkeit der Imperialisten – zur Ausplünderung der übrigen Welt, die die BRD und die EG an die Seite der USA zwingen.

Da kann ein big stick der USA als Exempel nicht nur schaden. Also die Devise: mitmachen an der USA, aber ihr die Führung nicht überlassen.

Die Zeit danach: pax europea oder americana?

Man bereitet sich geschäftig auf die Zeit danach vor: "Sind die 12 gemeinsam in der Lage die Zeit nach der Krise vorzubereiten? Viele von ihnen unterhalten ja zu den arabischen Staaten historische und kulturelle Bande."
"Niemand iist besser geeignet mit den Arabern zu reden, als die EG, denn sie genießt ein lange gewachsenes Vertrauen." (SZ 18.2.)

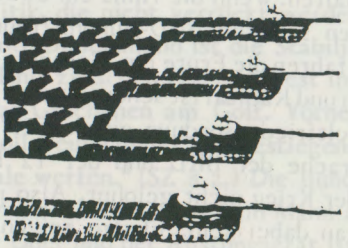
Der Krieg in den Parteien

Der Streit, ob mehr Verantwortung für die gemeinsame Sache der USA, oder mehr raushalten und die USA allein ins Verderben rennen zu lassen, geht auch quer durch die Parteienlandschaft. Dabei spielt die CSU und die Dregger Stoltenberg-crew mehr den traditionellen Schulterschluß mit dem US-Partner, aber auch SPD Voigt macht ein "tiefes Zerwürfnis mit der USA" aus. Dagegen hält Lafontaine, der ja immer schon eine feine Nase gehabt hat, für kommende Verwerfungen. Also rechtzeitig das Ruder rumreißen. So bricht er eine Lanze für die Friedensbewegung, äußert **"Deutschland müsse sich zurückhalten, was die militärische Unterstützung der Alliierten betreffe ... Hätte man dieselbe Kraft und dasselbe Geld, die jetzt der Krieg verschlingt, für die Durchsetzung eines wirksamen Embargos eingesetzt, dem hätte kein Land wie der Irak auf die Dauer widerstehen können."** (SZ) Moralapostel Weizsäcker begründet Deutschlands ‚Zurückhaltung' mit einem verlogenen Verweis auf die Vergangenheit: **"Wir wußten – und haben das nie verheimlicht – daß wir uns militärisch nicht beteiligen würden ... daß in der Nachkriegszeit alle unsere Bündnispartner stets davon ausgegegangen sind, ... angesichts der geschichtlichen Belastungen dürfe kein neues deutsches Militärpotential entstehen.** (SZ 7.1.) Und der Graf in der Rolle Genschers stößt ins gleiche Horn. Scheinheilig wundert er sich, daß die Amerikaner, **"die bei der Vereinigung Deutschlands vor unseren Machtambitionen gewarnt haben, nun ebenso intensiv nach einer eindeutigen deutschen Militärpräsenz am Golf verlangen."** Außerdem unterstreicht er nicht nur die finanzielle Last für den Abzug der Sowjet-Truppen: **"zu den 8,5 Mrd. Dollar,die der UDSSR im Lauf der Jahre dafür entrichtet werden, daß die 400.000 Soldaten – soviele wie die USA an den Golf entsandt haben – aus dem Herzen Europas zurückzieht. (Was ja für sich allein schon den Amerikanern eine sicherheitspolitische Entlastung bringt, die ihre derzeitige ‚Operation Wüstensturm' erst ermöglicht.** (SZ 7.2.) Eine Hand wäscht die andere. Wer hätte das gedacht, daß der Abzug der SU-Truppen aus der DDR als Kriegstribut der BRD zum Golfkrieg aufgerechnet wird. Hieß es doch immer bislang, derselbige Abzug diene dem Frieden und der Entspannung auf der Welt.

Bedingungsloser Abzug aller Truppen

Es ist nicht besonders radikal oder gar antiimperialistisch, den Abzug Iraks aus Kuweit und den Abzug deutscher Truppen aus der Türkei oder sonstwo zu fordern, ohne gleichzeitig und vor allem den Abzug der US-Army. Das ist ein Trick der SPD und der Gewerkschaften, um die Friedensbewegung prpagandistisch vor die Kriegsziele der USA zu spannen: bedingungslose Kapitulation Saddams und die US-Truppen bleiben in der Region. Auch in dem Bonner Aufruf der Friedensbewegung – ein Neuaufguß des Krefelder Appels – steht zu dem Truppenabzug der USA kein Wort. Für welche Friedensziele tritt der Appell dann auf? Die USA als Hauptkriegstreiber und Unruhestifter müssen aus der Region verjagt werden. Selbstredend auch die anderen Truppen – und auch die der Bundeswehr.Für eine wie auch immer geartete ‚pax americana oder pax europea' kann und darf sich die Friedensbewegung nicht stark machen.

Interventionen der USA seit 1945 – Seit 1945 griffen die USA mehrfach mit Waffengewalt in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten in aller Welt ein, wenn ihrer Meinung nach ihr Einfluß dort gefährdet war. Die Methoden reichten dabei vom Einsatz regulärer US-Militäreinheiten bis zur Anheuerung fremder Söldner durch den Geheimdienst CIA. Dabei wurden nach Belieben Regierungen gestürzt, Befreiungsbewegungen niedergeschlagen und blutrünstige Diktatoren an der Macht gehalten. US-Interventionen fanden seit 1945 u. a. statt in:



1945—1946:	Philippinen
1946—1949:	Griechenland
1946—1949:	China
1947:	Paraguay
1948:	Costa Rica
1949—1961:	Burma
1950:	Puerto Rico
19501953:	Korea
1954:	Guatemala
1954—1973:	Südvietnam
1955:	Costa Rica
1958:	Libanon
1959—1962:	Laos
1961:	Kuba
1962:	Guatemala
1964:	Panama
1964:	Kolumbien
1964—1970:	Laos
1965:	Dominikanische Re
1966:	Thailand
1969:	Haiti
1970:	Kambodscha
1970:	Trinidad und Tobag
1971—1973:	Laos
1973:	Chile
1975:	Angola
1978:	Zaire
1979:	Costa Rica

W. H.

Erscheint am 21.2.1991 im GNN-Verlag, Holzstr. 2, 8000 München 5, Tel. 260 38 40.

„Überwältigte Vergangenheit“

Deutsche Intellektuelle: Der lange Marsch von einigen Achtundsechzigern zu Kriegstreibern

Diskussionsbeitrag aus der Radikalen Linken München

Der französische Philosoph A. Glucksmann und die „Libération“ — die französische „taz“ — waren in den achtziger Jahren die Schrittmacher des nationalen Konsenses in Frankreich. Etwas verspätet tritt die Intelligenzmafia hier in dieselbe Spur: Die Kriegshetzer von „taz“ und „Konkret“, die Enzensbergers, Biermanns, Wallrafs.

Glucksmann, auch ein früherer 68er, setzte Anfang der achtziger Jahre die Sowjetunion mit Nazi-Deutschland gleich und legitimierte so einen Angriffskrieg gegenüber der Sowjetunion, durchaus auch führbar mit Atomwaffen. So stellte er sich voll auf die Seite der USA, als es um die Stationierung der Atomraketen in der BRD ging, und fiel der Friedensbewgung hierzulande offen in den Rücken.

Damals forderte Caspar Weinberger *„die letzte Schlacht, falls die Sowjetunion nicht mit einem Winseln klein beigibt“*. Nun, die Sowjetunion hat diese letzte Schlacht nicht geschlagen und winselnd klein beigegeben. Insofern ist die Nato in der Tat *„das erfolgreichste Militärbündnis aller Zeiten“*.

Hierzulande gab es eine breite Friedensbewegung gegen die Atomraketen. Diese sind zwar aufgestellt und dann wieder abgeräumt worden — für den Preis, daß die Warschauer-Pakt-Staaten kapituliert haben, die Sowjetunion zusammengebrochen ist und schließlich auch die DDR. Es ist leider eine Tatsache, daß immer größere Teile der Friedensbewegung der achtziger Jahre dem Druck der herrschenden Kreise nachgaben und für eine Aufhebung der Nachkriegsordnung von Jalta und eine Neuordnung Europas eintraten und damit, ob sie es so meinten oder nicht, den Zielen des BRD-Imperialismus zuarbeiteten. Schon damals wurde der Friedensbewegung massiv Antiamerikanismus, Einseitigkeit und Appeasement vorgeworfen. Innenminister Zimmermann forderte: *„Wer gegen den Westen demonstriert, muß auch gegen den Osten demonstrieren.“* Und H. Geißlers infamer Ausspruch *„Erst der Pazifismus hat Auschwitz ermöglicht“* machte die Kriegsgegner zu Kriegsschuldigen und Kriegstreibern.

Wir sehen, die Kriegstöne von Biermann bis Konrad Weiß sind nicht neu. Neu ist nur, daß sie jetzt aus den „eigenen“ Reihen kommen. O-Ton Biermann: *„Damit wir uns richtig mißverstehen: ich bin für diesen Krieg am Golf.“* Und K. Weiß bezeichnet die Massenbombardements gegen den Irak als so *„etwas wie eine Zwangsabrüstung“*. („AK“ 327) Die Personen, die Staaten sind beliebig austauschbar: Heute ist Saddam der neue Hitler — Stalin paßt nicht so ins Konzept, weil er ja mit den USA als Alliierter gegen Hitler kämpfte — und das neue Reich des Bösen hat die Sowjetunion freundlicherweise an den Irak weitergegeben. Es ist ein Trauerspiel, daß die Forderungen der Friedensbewegung („Auflösung der Militärblöcke von Nato und Warschauer Pakt!“) von der Geschichte einseitig eingelöst worden sind, die die Neuordnung Europas ganz in die Hände des neuen wiedervereinigten Deutschlands gibt und es so im Nachhinein zu dem späten, aber endgültigen Sieger des Zweiten Weltkriegs macht. Da hilft die späte Einsicht: Das haben wir *so* nicht gewollt, auch nichts mehr. Leider ist mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Auflösung des Warschauer Pakts nicht die Nato geschwächt, der Friede sicherer geworden. Ja, im Gegenteil, der Krieg ist wieder möglich, führbar und gewinnbar geworden. Die Message der achtziger Jahre: „victory is possible“ ist jetzt am Golf in tragischer Weise in Erfüllung gegangen. Führende intellektuelle Köpfe der Friedensbewegung der achtziger Jahre haben somit — zumindest objektiv — das Spiel der Reaktion gespielt.

Der Historiker-Streit: Die Gleichung Hitler = Saddam wird vorbereitet

1985, vierzig Jahre nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus, findet es die BRD an der Zeit, endlich einen Schlußstrich unter die NS-Vergangenheit zu ziehen. Kanzler Kohl besucht mit US-Präsident Reagan — die USA hat uns ja vom bösen Hitler befreit — die SS-Gräber auf dem Soldatenfriedhof Bitburg: Die SS soll damit vor aller Welt rehabilitiert werden. An der Propagandafront wirken die Historiker M. Stürmer, Nolte, Hillgruber etc. an einer „wissenschaftlich fundierten“ Entsorgung des Hitlerfaschismus mit. (Besonders Ernst Nolte hatte sich in den sechziger und siebziger Jahren durch seine ausführlichen Faschismusstudien einen Namen gemacht. Jetzt aber wird völlig unhistorisch die Einmaligkeit industrieller Massenvernichtung in KZs geleugnet, die „Vertreibung“ der Deutschen aus den Ostgebieten dagegen aufgerechnet und der Holocaust so relativiert: Hitlers gab's und gibt's viele auf der Welt, der Hitlerfaschismus ist keine Besonderheit des Dritten Reiches und Verbrechen gibt's überall. Das sind die Vorgaben, die jetzt von der „linken“ Kriegsallianz aufgegriffen und — aktualisiert auf den „Satan“ Saddam — breit unters Volk getragen werden. Für Enzensberger *„trifft es das Wesen der Sache, wenn von einem Saddam Hussein die Rede als eines Nachfolgers Hitlers ist“*. Hitler und das NS-Regime werden x-beliebig, ein Hitler ist da, *„wenn Völker ihn herbeiwünschen“* (Enzensberger).

Von der Kampagne gegen Christa Wolf bis zur Verteufelung der Gesinnungsästhetik

Ging es im Historikerstreit vorrangig um die „Entsorgung“ der NS-Vergangenheit, so sollte jetzt exemplarisch an Christa Wolf das Fortschrittliche an der DDR-Kultur gebrandmarkt werden und so vom „Makel“ des Sozialismus „befreit“ werden.

Waren es in den siebziger Jahren noch herrschende Politiker wie F. J. Strauß, die zum Halali auf „Ratten und Schmeißfliegen“ bliesen, so hatten sie es nach der „Wende“ nicht mehr nötig: Ehemalige liberale bis linke Intellektuelle selbst übernahmen das Geschäft, traten die Nachfolge eines Glucksmann im Kulturbereich an und stachelten zur Hexenjagd gegen Christa Wolf und andere DDR-Autorinnen und Autoren auf.

Spätestens ein halbes Jahr nach Öffnung der Mauer war es mit der Schonzeit für die DDR-Intellektuellen vorbei: Hatten die Westmedien Christa Wolf, Stefan Heym u.a. noch im Herbst 1989 als mit-bahnbrechend bei der sog. Revolution gefeiert, so markierte das Erscheinen von Christa Wolfs *„Was bleibt“* die Wende. Christa Wolf, Inhaberin zahlreicher westdeutscher Preise und Auszeichnungen, wurde plötzlich zur „Staatsdichterin“ der DDR erklärt, taugte als „Studie für einen autoritären Charakter“, sei im übrigen „weit überschätzt“ worden und eine „mäßige, weinerliche Schriftstellerin“. Wären diese Anwürfe von einem Reich-Ranicki gekommen, der in reaktionärer Macho-Manier Christa Wolf schon früher als „Ziege“ beschimpft hatte — niemand hätte es gewundert. Neu war, daß sich bei der Hexenjagd die Feuilletonisten von „Zeit“, „Spiegel“ und „Stern“ besonders hervortaten. Konnte man über

nerseits hier und andererseits in den letzten europäischen Kolonien und im Trikont besteht ein grundlegender Unterschied: erstere profitieren direkt oder indirekt von der Ausbeutung und Unterdrückung der letzteren. Haben wir als RL das nicht selbst oft genug hervorgehoben, wenn wir herausgestellt haben, daß in der BRD Bananen deswegen massenweise und für jeden erschwinglich zur Verfügung stehen, weil sie sich im Gegensatz zur DDR an der Ausbeutung der ‚Dritten Welt' führend beteiligte? Und haben wir nicht erlebt, daß der Wunsch nach Bananen die ‚arbeitenden Massen' der DDR in die Arme der BRD trieb? Ein zu banales Beispiel? Nehmen wir ein anderes: Frankreichs ‚grandeur' in Form der ‚force de frappe' (Atomstreitmacht) schwellt stolz auch die Brust des Renault-Arbeiters. In Französisch-Polynesien dagegen raubte sie dem in den 60er Jahren zu Infrastrukturarbeiten für das Atomtestzentrum zwangsverpflichteten Polynesier, der heute arbeitslos in den Slums von Faa'a vegetiert, alles.

Unter diesen Umständen die Unterdrückten in den Ländern der ‚Dritten Welt' auf die revolutionäre Befreiung der Arbeiterklasse hier in den Metropolen zu vertrösten, ist bestenfalls gedankenlos, wahrscheinlicher jedoch zynisch. Ihre Befreiung wird dann von uns als Anhängsel unserer Befreiung gehandhabt, ihr Recht zu einer Entscheidung über ihre Zukunft von uns beschlagnahmt. Wir machen uns also zu Komplizen der Staatsräson der Metropolen und sog. ‚Mutterländer'!

Die Stichworte ‚Schulden', ‚Hunger', ‚Verschlechterung der Austauschbeziehungen', die selbst die bürgerliche Presse füllen, erinnern daran, daß die imperialistische Ausbeutung der Länder des Trikont nicht nur weitergeht, sondern immer rasanter fortschreitet. Daneben existieren, von kaum jemand zur Kenntnis genommen, jedoch auch noch die letzten europäischen Kolonien. Sie dienen den europäischen Metropolen zwar im allgemeinen nicht mehr als Territorien der Über- und Doppelausbeutung im Sartreschen Verelendungs-Sinne. Doch bleiben sie als Stützen der imperialistischen Macht der EG-Staaten im Kampf um Vorherrschaft und Märkte mit den USA und Japan, im Wettlauf um militärische Allround-Präsenz, im Wettkampf um technologische Spitzenpositionen gerade auch in der Weltraumtechnologie, als Kanonenfutter und Atomtestkaninchen unverzichtbar für eben diese Metropolen, die mit der Europäischen Union den Weg zu einer neuen Supermacht beschreiten.

Ihr Los ist heute, neben weitverbreiteter sozialer Verelendung, vor allem das entwürdigende Am-Tropf-Hängen an den ‚mutterländischen' Almosen, die totale Entmündigung, die auf sie gerichtete Erwartung vollständiger Assimilation unter Aufgabe aller eigenen Kultur und Traditionen.

Die Unterdrückten hier und die in der ‚Dritten Welt' schlicht und einfach auf eine Stufe stellen, heißt jedoch, noch ein weiteres unterscheidendes Element der Ausbeutung leugnen: die Unterdrückung von Tradition, Kultur, Identität dieser Völker. Luc Reinette spricht in seinem Offenen Brief an Nelson Mandela von seinem Volk als „als Franzosen verkleidete Guadeloupeaner", die in der Schule fiktiv in die Reihe „unserer Vorfahren, der Gallier" eingereiht werden. So soll das Bewußtsein verschüttet werden, daß sie Nachfahren von aus Afrika stammenden verschleppten Sklaven – insgesamt etwa 15 Millionen – sind. So soll die Erinnerung an 500 Jahre kolonialer Erniedrigung und Demütigung ausradiert werden. Nur dann wären sie manipulier- und instrumentalisierbar. ‚Gleichheit' heißt unter diesen Umständen, sich unter Aufgabe seiner selbst dem Unterdrücker anzugleichen, ihn als in jeder Weise überlegen anzuerkennen. Eine eigene Identität zu haben und zu bewahren bedeutet dagegen, Widerstand zu leisten. (Das gilt übrigens auch für ‚Ausländer', z. B. in der BRD.)

Darüber waren sich die Machthaber und Profiteure in den Metropolen auch immer im Klaren. Und so denken sie noch heute. Le Pen tat die unabhängigkeitshungrigen Kanaken in Neu-Kaledonien 1988 mit den Worten ab: „Wenn man [wie Frankreich] Träger einer großen, über jede Diskussion erhabenen Zivilisation ist, wie es die französische und die europäische waren, dann setzt man sie an die Stelle niederer Formen von Zivilisation" (wie z. B. die kanakische).[2] Nicht grundsätzlich anders sieht das die Konferenz der amerikanischen Bischöfe, wenn sie zur 500jährigen Eroberung Amerikas von sich gibt, daß zwar das Aufeinandertreffen von Europäern und Indianern „hart und unangenehm" war, aber daß die Kolonisatoren auch „das Evangelium und seine zivilisatorischen Wirkungen" brachten.[3] Und denken wir nicht, daß die Linke von diesem typisch europäisch-weißen, ethnozentristischen Denken in Kategorien von „zivilisatorischen Missionen" frei ist. Es durchzieht seit mehr als einem Jahrhundert das Denken und vor allem das Handeln der Arbeiterbewegung. Die Theorie, daß die Menschheit sich einlinig immer weiter fortentwickle und dabei unbegrenzt von einem technischen Fortschritt zum anderen eile, daß die gesamte Menschheit dieselben Werte zu verfolgen, dieselben Entwicklungsstufen zu durchlaufen habe, lieferte nicht nur die ideologische Rechtfertigung für barbarische, vom staatstragenden Teil der Sozialistischen Internationale unterstützte Kolonialkriege und später für eine den Metropolen statt den sog. ‚Entwicklungsländern' nützende ‚Entwicklungspolitik'. Sie hatte auch automatisch zur Konsequenz, daß die Völker nach ihrem ‚Entwicklungsgrad' auf einer Art Skala angeordnet wurden. Es gab nur ein Weniger oder Mehr, nicht jedoch ein Anders. Auch für Sozialisten, für Kommunisten der 2. bzw. 3. Internationale hieß und heißt die Devise daher „Zivilisieren", auf den eigenen Entwicklungsstand heben, ganz egal wie alt, wie umfassend die Kultur eines kolonisierten Volkes war. Konsequent wurde in der 2. Internationale die Forderung nach einer ‚sozialistischen Kolonialpolitik' erhoben! Oder ein anderes schockierendes Beispiel: Die besiegten Kommunarden der Pariser Kommune wurden ans andere Ende der Welt, nach Neu-Kaledonien im Südpazifik verbannt. Dort reihten sie, die eben noch, die Waffe in der Hand, auf den Barrikaden gekämpft hatten, sich in die Reihen der kolonialen Unterdrücker ein und wirkten tatkräftig an der blutigen Niederschlagung des ersten massenhaften Aufstandes der Kanaken mit! Nur eine Ausnahme: Louise Michel, die einzige Frau unter den Verbannten, ergriff auch hier Partei für die Opfer.

Liegt nicht gerade hier, in diesem arroganten, heilsleh-

[2] Le Monde, 28.10.1988.
[3] Le Monde, 2.1.1990.

rehaften Absolut-Setzen des Eigenen, eine der wichtigsten Quellen des Rassismus, und zwar sowohl gegenüber Minoritäten im eigenen Land, als auch gegenüber den kolonisierten Völkern, deren sog. ‚Noch-nicht-Entwicklung' zur Minderwertigkeit umgedeutet wird, die jede Brutalität und Erniedrigung rechtfertigt? Der Universalismus, der alle auf dieselben, von den Herrschenden gesetzten Werte verpflichten will – und zu den ‚Herrschenden' im hier gemeinten, kolonialen Sinne gehören, wie gesagt, Ausbeuter und Ausgebeutete im ‚Mutterland', Linke wie Rechte –, bedeutet in Wahrheit die Angleichung des Schwächeren an den Stärkeren. Das geht immer auf Kosten des Schwächeren. Dieser Universalismus, dieses Denken in einer einlinigen Entwicklungslogik führen fast zwingend zu der Behauptung, die Kolonisierung sei letzten Endes ein Glück für die Kolonisierten gewesen, da mit ihr die ‚Zivilisierung' gekommen sei.

4. Bei dem deutschen Wort ‚Volk' kriecht Deutschen und Nicht-Deutschen sofort das „Ein Volk, ein Reich, ein Führer", die ‚Volksgemeinschaft' den Rücken herauf. Die Blut- und Rasse-Komponente dieses Wortes samt ihrer rassistischen Folgen liegen auf der Hand.

Dennoch ist es unzulässig, auch anderen Völkern einen solchen Begriff zu ‚verbieten', der in anderen Sprachen ganz andere Beziehungszusammenhänge umfaßt. Ich erinnere nur an das französische Wort ‚peuple', das einerseits stark den Gegensatz zwischen unten und oben betont, andererseits eine geschichtlich-kulturelle Einheit postuliert und – darauf fußend – schließlich juristisch die Gesamtheit der Staatsbürger eines Staates meint. Die dem deutschen Wort ‚Volk' eigene, so widerlich rassistische Komponente fehlt dem französischen Wort schon deshalb, weil zum ‚peuple', zum französischen Staatsvolk, Schwarze wie Weiße gehören. (Das bedeutet selbstverständlich nicht, daß es in Frankreich keinen Rassismus gäbe, aber er ist nicht an das Wort ‚peuple' geknüpft.) Weltweit, insbesondere in den Ländern des Trikont, hat der in ‚Deutschland' reaktionäre Begriff ‚Volk' noch immer einen fortschrittlichen Sinn und ist geeignet, Menschen in einem gegen ihre *soziale und nationale* Unterdrückung gerichteten Bündnis zu mobilisieren. Um Yves Dorestal aus Haiti zu zitieren, „ist der Haß gegen nationale Unterdrückung ein notwendiges Element, um die negierte Menschenwürde zurückzuerobern".

5. Internationalismus setzt voraus, daß wir die *nationale Befreiung* als *notwendigen Bestandteil* der *sozialen Befreiung* begreifen. Die ‚zulässige' Mischung beider Komponenten kann nicht von Europa aus dekretiert werden, sondern richtet sich nach der jeweiligen politisch-sozialen Situation in den ‚Dritte-Welt'-Ländern. Die Befreiungsbewegungen haben Anspruch auf unsere Unterstützung, nicht nur auf eine diplomatischere Form der Bekämpfung. Unsere Unterstützung kann und darf nicht davon abhängig gemacht werden, welche Funktion bestimmte Begriffe für den deutschen Imperialismus ausgeübt haben. Ebensowenig darf sie von eurozentrischen Kriterien im weiteren Sinne abhängig gemacht werden. Entscheidend ist vielmehr, ob die Befreiungsbewegungen eine emanzipatorisch-sozialistische gesellschaftliche Perspektive verfolgen. In diesem Sinne ist Internationalismus notwendiger denn je. Und das „oder" im Thema der AG ist zu streichen.

"Es ist nicht wahr, daß es gute Kolonialherren gäbe und andere, die böse sind: es gibt Kolonialherren, das ist alles. Wenn wir das begriffen haben, werden wir verstehen, warum die Algerier recht haben, zunächst politisch den Kampf gegen dieses wirtschaftliche, soziale und politische System aufzunehmen, und warum ihre Befreiung [...] nur aus der Zerschlagung der Kolonialherrschaft hervorgehen kann." (Jean-Paul Sartre)

Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich.
Herausgeber: Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226
Tel.: 0221/21 64 42.
Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des BWK: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider.
Sie erscheint im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73.
Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26,- DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 52,- DM.
Bestellungen bitte an die unten angegebenen regionalen Versandstellen richten.

Im GNN-Verlag erscheinen ebenfalls vierzehntäglich:

Nachrichtenhefte, hrsg. von
AG Stahl- und Metallindustrie, 8 S., 1,20 DM
AG Medien in der Volksfront, 4 S., 0,50 DM
Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie, 4 S., 0,50 DM
AG Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe, 6 S. 0,80 M
AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, 8 S. 1,20 DM
AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront, 4 S., 0,80 DM
AG für antifaschistische Bildungspolitik, 8 S. 1,20 DM
AG für Kommunalpolitik, 8 S. 1,20 DM
AK Öffentlicher Dienst, 4 S., 0,50 DM

Antifaschistische Nachrichten, hrsg.: Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, 16 S. 1,60 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahres- bzw. ein Jahresabonnement kostet Einzelpreis plus 1.- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestelladressen:
GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Czeminskistr. 5, 1000 Westberlin 62
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen
Grenzweg 4, 3000 Hannover 1
GNN Nordrhein-Westfalen
Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1
GNN Verlag Hessen
Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1
GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Holzstr. 2, 8000 München 5

Kurdistan-Rundbrief, Hrsg.: Kurdistan-Komitee in der BRD, Feyka Kurdistan und versch. Solidaritätsgruppen, 8 S., 1,20 DM. Jahresabo: 52 DM.

Angehörigen-Info, Hrsg.: Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, 8 S., 1,20 DM. Halbjahresabo 28,60 DM.

Bestellungen für die beiden zuletzt angeführten Zeitschriften bitte nur an GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1.

Liste der ‚lieferbaren' Referate

Nicht enthalten sind die Texte von Karl Heinz Roth (zurückgezogen) und Eva Groepler (bereits erschienen in KONKRET 1/91)

Regula Bott : Deutsche Weltmacht mit dem Geist von Bethel?

Yves Dorestal : Thesen zur nationalen Frage

Georg Fülberth : Kapitalismus und Nation

Gerlef Gleiss : kapitalismus heißt aussonderung

Gruppe Internationalisten : Über Antiimperialismus, Befreiungsinternationalismus und „nationale Identität"

Gerd Kuhnen : Mythos revolutionäres Subjekt – Wider die Hegelei in der Linken

Justus Wertmüller / Clemens Nachtmann : Zwischen Gesundbeterei und Moralismus – Zur Kritik des hilflosen Anti-Nationalismus

Dorothee Piermont : ‚Befreit' sich die Radikale Linke vom Internationalismus?

Radikale Linke Köln : Thesen zu ‚Nationale Minderheiten und Rassismus in der BRD'

Bernhard Schmid : Kommunismus und Nationalismus in Deutschland

Susanne Schröter : Der schleichende Verlust der Utopie – Reflexionen über die Krise der Linken oder Aufruf zur Rettung unserer Träume

Eckhard Voss : Weiße Haut und bunte Masken: Wem nützt die „multikulturelle Gesellschaft"?

Detlev zum Winkel : Historische Irrtümer des Antifaschismus

Die Referate sind zu beziehen über die Redaktionsanschrift. Ein Teil wurde in diesem Rundbrief schon veröffentlicht. Ein weiterer Teil soll in den nächsten.

WOLFGANG BITTNER

Die Verbrüderung

Einst hatten die Schafe furchtbar unter den Läusen zu leiden, wodurch es zu Krankheiten, Verängstigung und einer großen Unzufriedenheit in ihrer Herde kam. Als sie einem Wolfsrudel begegneten, schickten sie ihren Leithammel und den Ersten Minister hinüber, um Rat zu holen. Auch die Wölfe sandten Abgeordnete aus. Ort der Zusammenkunft war ein Hügel, weshalb allgemein von einem Treffen auf höchster Ebene oder auch Gipfeltreffen gesprochen wurde. Es fand sowohl in den Medien des Schafs- als auch des Wolfsvolkes überaus starke Beachtung.

„Verzeiht, daß wir euch mit unseren Angelegenheiten behelligen", begann der Leithammel der Schafe seine Rede unter dem Blitzlichtgewitter der Reporter, „aber unser Volk befindet sich in einer schweren Krise: Wir haben Läuse im Pelz. Wie leiden unter einer Heimsuchung durch diese blutsaugenden Parasiten und wissen keinen Ausweg mehr."

„Das ist ganz einfach", sprach der Leitwolf. „Wir haben seit langem hervorragende Mittel gegen Ungeziefer. Wenn ihr wollt, können wir uns in Zukunft um euch kümmern und mit euch leben."

Da fragte der Erste Schafsminister: „Wird denn das Gras auch für alle reichen, wenn wir uns zusammentun?"

„Nur keine Sorge", erwiderte darauf der Wirtschaftsminister der Wölfe, „wir fressen kein Gras. Aber wo Schafe satt werden, da werden auch Wölfe satt."

Das fanden alle einleuchtend, und so schloß man einen Vereinigungsvertrag. Die Politiker beider Völker nannten das Abkommen eine mutige Entscheidung, eine Kooperation zu beiderseitigem Nutzen und einen zukunftsweisenden Schritt in die richtige Richtung. Auch die Medien waren voll von Lob; man sprach von Augenmaß und davon, daß der Vernunft eine Chance gegeben worden sei. Ferner war bei den einen von Geduld die Rede und bei den anderen von Nüchternheit. Der Leithammel der Schafe erhielt sogar den Friedenspreis der Wölfe und ihren höchsten Orden, den goldenen Reißzahn am Bande. Und man feierte ein großes Fest zur Verbrüderung der Schafe und Wölfe gegen die Läuse.

Neues Deutschland, 27.2.91

Kontaktadresse für die RL München ist:
Winfried Hauch
Vogelhartstr. 23
8000 München 40

Kontaktadresse für den FreundInnenkreis der RL Köln:
Joachim Gosch
Gerhart-Hauptmann-Str. 25
5090 Leverkusen 3

Der Kreis „Ökologische Linke / Arbeitskreis Antikapitalismus und Antipatriarchat" besteht zwar aus lauter (noch) Mitgliedern der bayrischen Grünen, Endstation voraussichtlich die nächste Bundesversammlung, orientiert sich jedoch an den Aktivitäten der Radikalen Linken. Kontakt über Peter Bierl, Meisenweg 4, 8031 Wörthsee – Tel. 08153/7527